

ZUKUNFT 01

2009

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Mit der Quote
ans Ziel?

Barbara Prammer

Als Frau wird man
nicht geboren ...

Gabriele Heinisch-Hosek

»Ich finde es reizvoll,
neue Wege zu gehen ...«

Interview mit Ingela Bruner

Make Austria
a Better Place

Norbert Templ



4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033388 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 01

Office of the National Drug Control Policy/Partners

What's the worst that could happen?
abovetheinfluence.com





STROM AUS WASSERKRAFT.

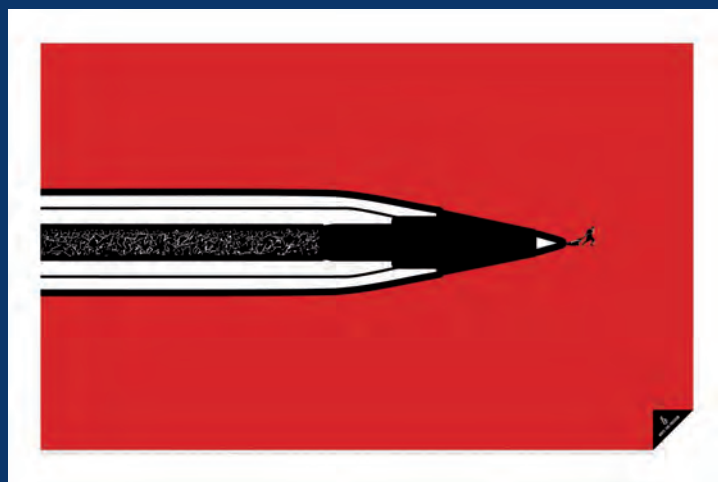
Als führendes österreichisches Elektrizitätsunternehmen nutzt der Verbund den endlosen Strom aus Wasserkraft für Strom aus Wasserkraft. Und sichert so die Energieversorgung des ganzen Landes.



Nähere Informationen finden Sie auf unserer Homepage: www.verbund.at

Editorial

„WRITE FOR FREEDOM“
AMNESTY INTERNATIONAL



Am Beginn eines neuen Jahres stehen die Herausforderungen und Vorsätze: Die drohenden Wolken über den Konjunkturdaten verdichten sich zu einer schweren Rezession mit einer latenten Finanzmarktkrise. Regierungen werfen Konjunkturprogramme und Bankenhilfspakete in immer kürzeren Abständen mediengerecht auf den Markt, um entgegenzuwirken. Doch verfügen sie nach über 20 Jahren neoliberaler Hegemonie dafür über die richtigen Ansätze und Instrumente?

Die Sozialdemokratie ist im 120. Jahr nach ihrer Gründung in Österreich und ihrer „Zweiten Internationale“ geforderter denn je. Aber verfügt sie heute noch über die Kraft und die Ideen, die sie stark gemacht haben und die sie braucht? Rassismus erlebt in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen im politischen Kontext regelmäßige neue Höhepunkte.

Diese (und viele andere) Fragen in der gebotenen Klarheit und Ernsthaftigkeit zu diskutieren, ist der Vorsatz, den wir uns für die ZUKUNFT im Jahr 2009 gemacht haben. Mit alten und neuen Autorinnen und Autoren, gestalterischen Veränderungen im Heft, einem neuen Web-Auftritt und natürlich allen Leserinnen und Lesern wollen wir im Laufe dieses Jahres wieder einen starken Beitrag zu den für unsere Gesellschaft wichtigen Diskursen leisten.

Am Beginn steht dabei in dieser Ausgabe ein kurzer **Problemaufriss** von **Ludwig Dvorak** anlässlich des sozialdemokratischen „Jubiläumsjahres“ 2009. 120 Jahre nach ihrer Gründung scheint viel vom alten Glanz verblasst, aber die Sozialdemokratie wird so dringend gebraucht wie selten zuvor.

Der Schwerpunkt in diesem Heft untersucht die politische Gleichstellung von Frauen und Männern in Österreich. 90 Jahre nachdem Frauen in Österreich erstmals wählen durften, geht Nationalratspräsidentin **Barbara Prammer** in einer **kritischen Bestandsaufnahme** der Frage nach, wie es denn heute um die **Gleichstellung von Frauen in Politik und SPÖ** bestellt ist. Die neue Frauenministerin **Gabriele Heinisch-Hosek**

zeigt auf, was Frauen gesellschafts- und sozialpolitisch in der Vergangenheit durchsetzen konnten und **was sie zukünftig im Interesse einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter durchsetzen will**. Mit BOKU-Rektorin **Ingela Bruner** hat **Wolfdietrich Hansen** ein **Interview** über die **Gleichstellung der Geschlechter** in einem anderen zentralen öffentlichen Bereich – den **Hochschulen** – gesprochen.

Alessandro Barberi stellt die Ergebnisse einer **Studie von neuBASIS** vor, die empirisch die sozialen und ökonomischen Probleme von JungakademikerInnen, der „**Generation Praktikum**“, untersucht hat.

Einen **Nachtrag zum EU-Schwerpunkt** im letzten Heft liefert **Heinz Kienzl**, der die Frage aufgreift, **welches Europa** wir eigentlich wollen.

Norbert Tempel entwickelt in seinem Text „Make Austria a better place“ anhand eines israelischen Projekts einen konkreten Vorschlag, wo angesichts von Ressourcenknappheit und Umweltverschmutzung politisch eingehakt werden könnte, um den Klimawandel ohne Wohlstandsverluste zu bewältigen.

Franz Spitaler hat anlässlich des sozialdemokratischen Gedenkjahres im **jüngsten Buch von Norbert Leser** nach neuen Ideen und verwertbaren Kritikpunkten für die Sozialdemokratie gesucht – und wurde vom Autor dabei einigermaßen enttäuscht.

In ihrem **ökonomischen Schlusswort** geht **Helene Schubert** schließlich mit dem ökonomischen Mainstream und seiner Verantwortung für die aktuelle Wirtschaftskrise hart ins Gericht.

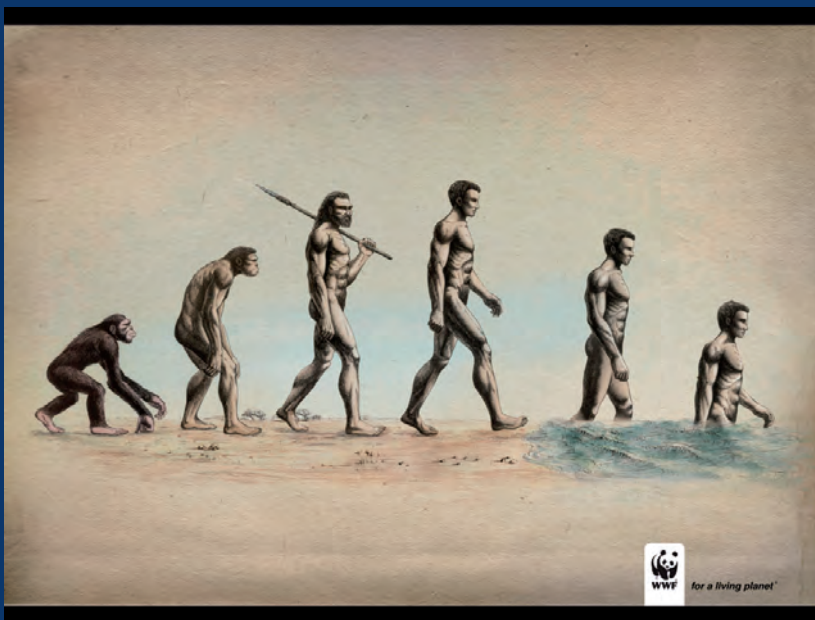
Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

LUDWIG DVORAK



www.samariterbund.net

Rettungsdienst • Krankentransporte • Ambulanzdienst • Schulungen • Wasserrettung • Heimnotruf
• Essen auf Rädern • Hauskrankenpflege • Pflegeeinrichtungen • Wohnungslosenhilfe •
Flüchtlingsbetreuung • Wohlfahrtsstiftung • Entwicklungszusammenarbeit • Katastrophenhilfsdienst



»FOR A LIVING PLANET«
WWF

Inhalt

- 6 **Die nächsten 120 Jahre**
Von Ludwig Dvorak
- 8 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 12 **Mit der Quote ans Ziel?**
Von Barbara Prammer
- 17 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 18 **Als Frau wird man nicht geboren ...**
Von Gabriele Heinisch-Hosek
- 21 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 22 **»Ich finde es reizvoll, neue Wege zu gehen ...«**
Interview mit Ingela Bruner
- 26 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 28 **Generation Praktikum**
Von Alessandro Barberi
- 31 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 32 **Was für eine Union wollen wir denn?**
Von Heinz Kienzl
- 38 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 40 **Make Austria a Better Place**
Von Norbert Templ
- 44 **SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS**
- 47 **Der Sturz des Adlers**
Von Franz Spitaler
- 48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Der ökonomische Mainstream**
SCHLUSSWORT von Helene Schubert

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag. Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvorak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag. Alexandra Pernkopf, MMag. Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.ⁱⁿ Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag. Daniela Stepp, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** »What's the worst that could happen?« partnership for a drug-free america, <http://socialads.blogspot.com/>

OFFENLEGUNG gem. § 25 Mediengesetz:

Verleger mit Sitz in 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97, ist der Verlag der SPÖ GmbH **Unternehmensgegenstand:** allgemeine Verlagsaktivitäten, Herausgabe diverser Publikationen und Zeitschriften. **Gesellschafter** zu 100% ist die Sozialdemokratische Partei Österreich. Herausgeber mit Sitz in 1014 Wien, Löwelstraße 18 ist die »Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«« (Mitglieder: Sozialdemokratische Partei Österreich, Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen, Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik, Merkur Unternehmensbeteiligung, Vermögensverwaltung und Finanzierungsvermittlung GmbH, Dr.-Karl-Renner-Institut). **Blattlinie:** »Zukunft« ist ein Organ der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

Die nächsten 120 Jahre

SOZIALDEMOKRATIE In seinem Text zeigt Ludwig Dvorak die dringende Notwendigkeit einer programmatischen Wiederausrichtung der Sozialdemokratie auf, um an die politische Gestaltungskraft früherer Tage anzuschließen und nicht der extremen Rechten die Themenführerschaft zu überlassen.

Vor exakt 120 Jahren – zur Jahreswende 1888/1889 – versammelten sich in Hainfeld in Niederösterreich die Vertreter verschiedener Parteiflügel zum historischen »Einigungsparteitag«, der bis heute als Gründungsort der Sozialdemokratie in Österreich betrachtet wird. Wenige Monate später, am 14. Juli 1889, tagten in Paris die Delegierten Sozialdemokratischer Parteien aus aller Welt und formierten die »Zweite Internationale«, den internationalen Zusammenschluss der sozialistischen Bewegung. Nach dem österreichischen Gedenkjahr 2008 bietet das Jahr 2009 also in zweifacher Weise einen geeigneten Anlass, sich mit der Geschichte der österreichischen und internationalen Sozialdemokratie zu befassen.

Tradition ist aber, in den bekannten Worten des französischen Sozialisten Jean Jaurès, nicht das Bewahren der Asche, sondern der Flamme. In diesem Sinne impliziert die Auseinandersetzung mit der Geschichte der vergangenen 120 Jahre mehr als nur Lobpreisung und Kritik von Erfolgen und Fehlern der Vergangenheit. Jubiläen dieser Art müssen auch Anlass für eine kritische Standortbestimmung in der Gegenwart und eine Diskussion über zukünftige Wege sein.

Das erscheint nicht nur aus intellektuellem Interesse, sondern vor allem aufgrund der politischen Realitäten dringend geboten. Nicht nur in Österreich verzeichnet die Sozialdemokratie Negativrekorde in ihren Wahlergebnissen und nicht nur hier vermochte sie in den letzten Jahren alles andere, als mit ihrer Regierungsarbeit zu begeistern.

Deutungsmuster, die Mitglieder-, WählerInnen- und Gestaltungsverlust, auf »internationale Trends«, auf die »Globalisierung«, auf »gesellschaftlichen Veränderungen« oder die »Krise von Parteien und Verbände«, verweisen, bieten keine Erklä-

rungen für diese Entwicklung. Sie fassen lediglich Symptome zusammen, denen quasi naturgesetzliche Kräfte zugeschrieben und die damit in ihrer – zweifellos vorhandenen – Bedeutung oftmals überhöht werden. All diese Erklärungsmuster drücken in anderen Worten vor allem aus, dass die Sozialdemokratie in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten die gesellschaftliche Hegemonie weitgehend verloren hat und dass man keine Ansätze dafür gesucht und gefunden hat, um sie wiederzugewinnen.

EIN BLICK ZURÜCK

Ein Blick auf die Geschichte zeigt aber, dass sich die Sozialdemokratie in den verschiedensten historischen Phasen und unter sehr unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Bedingungen sich jeweils in der Lage zeigte, Politik und Gesellschaft nachhaltig zu formen. Auch wenn die konkreten Ziele je nach Land und Epoche divergierten, waren sie durch ein wesentliches Moment verbunden: Sozialdemokratie und Gewerkschaft verstanden es, eine politische und gesellschaftliche Vision mit ihrer konkreten Politik zu verknüpfen. Die von ihr geforderten Maßnahmen sollten die konkreten Lebensbedingungen der Menschen verbessern, gleichzeitig stellten diese Maßnahmen aber auch Teil eines Projekts zur Gestaltung der Gesellschaft, zur Humanisierung unseres Planeten dar.

Konkrete Forderungen, Vision und Vokabular ihrer Propagierung unterlagen selbstverständlich den Veränderungen, die nicht zuletzt durch die Reformpolitik der ArbeiterInnenbewegung ausgelöst worden waren. Das ist anhand sozialdemokratischer Programmgeschichte eindeutig zu erkennen: Im Hainfelder Programm von 1888/89 stellte die »teilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung« durch eine »Arbeiterschutz-Gesetzgebung« den ersten Schritt zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise dar. Die Kommunalpolitik des Roten Wien ist wohl auch als Ausdruck des im

Linzer Programm beschworenen »Ringen[s]...um die Seele der Volksmehrheit« zu betrachten, das die »Klassenkämpfe zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse« entscheiden sollte. Das Wiener Programm von 1958 definierte die »Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung, die Steigerung des Sozialprodukts und die Erhöhung des Lebensstandards« als Ziel sozialistischer Wirtschaftsplanung auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus«. Das Parteiprogramm von 1978 verband schließlich die Erfolge des Wohlfahrtsstaates mit der Vision einer umfassenden, »sozialen Demokratie«, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfassen sollte.

Mögen alle diese zitierten Beispiele pathetische Übertreibungen, pragmatische Zugeständnisse an propagandistische Erfordernisse, aber auch erhebliche Widersprüche zwischen Theorie und Praxis aufweisen: Sie alle spiegeln die Fähigkeit der Sozialdemokratie wider, konkrete Probleme und ihre Lösung mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft zu verbinden. Und auch wenn Widersprüche, die zwischen programmatischem Anspruch und politischer Wirklichkeit bestanden, immer wieder auch zu durchaus verheerenden Niederlagen – etwa im Februar 1934 – führten, ist der Erfolg ArbeiterInnenbewegung, der soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt, der in jeder dieser Epoche erreicht wurde, unbestreitbar: Das Wahlrecht, der Acht-Stundentag, die Wiener Gemeindebauten, der moderne Wohlfahrtsstaat oder die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter zeugen von diesem Erfolg.

Heute fällt es auch langgedienten SozialdemokratInnen einigermaßen schwer, die Vision, von der sich die Sozialdemokratie bei der Gestaltung ihrer Alltagspolitik leiten lässt, zu benennen. Das ist kein Zufall. Es gibt sie schlicht nicht. Hatte sich Ende der 90er-Jahre das Schlagwort vom »Dritten Weg« als »neue« programmatische Richtschnur empfohlen, zeigte sich in den letzten Jahren, wie sehr die ernsthafte Verfolgung dieser Programmatik die Sozialdemokratie in einen unauflösbaren Widerspruch mit ihrer eigenen AnhängerInnenschaft und damit in eine Krise geführt hat, an der die europäische

Sozialdemokratie heute noch immer laboriert. Mit der Diskreditierung dieses Irrwegs fehlt nunmehr aber jede programmatische Ausrichtung.

POLITIK GESTALTEN

Selbstverständlich hängt die Unterstützung von Parteien in der Bevölkerung nicht primär davon ab, welche das schönste Programm schreibt. Gerade in Zeiten einer schweren wirtschaftlichen Erschütterung wie wir sie jetzt erleben, ist das Fehlen einer kohärenten politischen Zielsetzung aber auch für die breite Mehrheit der Menschen, die keine Parteiprogramme lesen, merk-, fühl- und erlebbar. Es ist aber vor dem Irrglauben zu warnen, dass das (abermalige) Scheitern des Neoliberalismus der Sozialdemokratie automatisch in die Hände spiele.

Die sozialen Folgewirkungen vergrößern auch den Spielraum für die extreme Rechte, die es gerade in Österreich verstanden hat, rassistische Parolen mit sozialer Agitation zu verbinden. Umso dringender muss die europäische Sozialdemokratie ihr ziel- und wirkungsloses Stolpern durch die Ära des Neoliberalismus beenden. Die Stärke der Sozialdemokratie in den letzten 120 Jahren ist zweifellos darin zu sehen, dass sie den größten Teil dieser Zeit nachhaltig und im Interesse der großen Mehrheit der Menschen geprägt hat. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass auch in der Zukunft, ihre Aufgabe darin liegt, diese Rolle wieder zu finden.

Welche Ursachen für das programmatische Abgleiten verantwortlich waren, welche sozialen und ökonomischen Faktoren diese Schwächung verstärkt haben, unter welchen Bedingungen diese Schwierigkeiten heute zu überwinden sind, vor allem aber, wie die Sozialdemokratie die gegenwärtige Krise nutzen kann und nutzen muss, um ideologisch und politisch wieder Fuß zu fassen und zu einer offensiv gestaltenden Kraft zu werden: Das muss in diesem doppelten Jubiläumsjahr der Sozialdemokratie diskutiert werden.



LUDWIG DVORAK

studiert Rechtswissenschaften in Wien
und ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

SOCIAL ADS

SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS

<http://socialads.blogspot.com/>

Social advertising – mit Sozialwerbung mehr als holprig übersetzt – versucht mit den Mitteln der Werbung auf Missstände aufmerksam zu machen und wird sehr oft von NGOs eingesetzt. Wir bringen in dieser ZUKUNFT internationale Beispiele aus dem vergangenen Jahr, die sich etwa mit Drogenmissbrauch, Kinderarbeit, Multipler Sklerose, Kinderarbeit oder Zensur auseinandersetzen und die von Organisationen wie Amnesty International, UNICEF oder dem WWF in Auftrag gegeben wurden.



»WHAT'S THE WORST THAT COULD HAPPEN?«
PARTNERSHIP FOR A DRUG-FREE AMERICA



Second
hand
smoke
in the
home

hospitalises
17,000
UK
children
a year.



www.roycastle.org



www.roycastle.org

»SECONDHAND SMOKE IN THE HOME
HOSPITALISES 17,000 UK CHILDREN A YEAR.«
THE ROY CASTLE LUNG CANCER FOUNDATION

Second
hand
smoke
in the
home
hospitalises
17,000
UK
children
a year.



Second
hand
smoke
in the
home
hospitalises
17,000
UK
children
a year.



Mit der Quote ans Ziel?

GLEICHSTELLUNG Barbara Prammer analysiert in ihrem Beitrag, wie die politische Gleichstellung von Frauen innerhalb der Sozialdemokratie in den letzten 90 Jahren vorangekommen ist – und wie mit dem Problem umzugehen ist, dass von vollständiger Gleichstellung noch immer nicht gesprochen werden kann

Dieses Jahr begehen wir also »90 Jahre Frauenstimmrecht« – und wir sind auf dem Weg zur Gleichstellung voran gekommen. Aber nicht weit genug. Die alten Rollenverteilungen sind noch immer nicht überwunden. Noch immer bedeutet rechtliche Gleichheit keine Gleichstellung – und gerade dafür stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten doch: für gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer, im täglichen Leben und nicht nur auf dem Papier.

Am Ende des Jahres 2008 feierte die Sozialdemokratie einen runden, den 120. Geburtstag: Mit dem Hainfelder Parteitag, der zum Jahreswechsel 1888/89 stattfand, begann die Sozialdemokratische Partei Österreichs ihren Weg zur bestimmenden politischen Kraft. Mit der Verabschiedung der von Victor Adler verfassten »Prinzipien-Erklärung« wurde als oberstes Ziel die Befreiung des Volkes aus der politischen Rechtlosigkeit formuliert – »ohne Unterschied der Nation, der Rasse oder des Geschlechtes«.

Tatsächlich wurde aber der einzigen weiblichen Delegierten, Anna Altmann aus Böhmen, die Teilnahme am Parteitag mit der abfälligen Bemerkung »Frauen seien noch nicht so weit« verwehrt. Auch im weiteren politischen Alltag blieb das dezidierte Eintreten für das Frauenstimmrecht auch unter führenden sozialdemokratischen Parteifunktionären eine Minderheitsposition.

Die Gründung der politischen Parteien fand zu einer Zeit statt, als Frauen die politische Organisation noch verboten war. Wenn wir also in die Geschichte der politischen Repräsentation von Frauen zurückblicken, waren Frauen später be-

teiligt und mussten sich den Strukturen der Politik anpassen. Männer konnten ab 1907 wählen, Frauen erst ab 1918 – und dieser rote Faden zieht sich angesichts der Liste von Funktionen, die später oder noch nie von Frauen besetzt wurden, auch durch die Geschichte der Zweiten Republik .

Die durchschnittliche Repräsentanz von weiblichen SPÖ-Abgeordneten im Nationalrat lag bis Anfang der 70er-Jahre bei rund sieben Mandaten und damit um die zehn Prozent. Dieser Anteil war bereits in der ersten Republik das »Limit« für die Vertretung von Frauen im Parlament und blieb jahrzehntelang fast unverändert.

ÜBERZEUGUNGSARBEIT

»Genosse, wo ist Deine Frau?« – unter dieses Motto stellten die Frauen in unserer Bewegung 1948 ihre Mitgliederwerbepaktion. Engagierte Frauen in der SPÖ mussten damals ihre Überzeugungsarbeit auf zwei Ebenen leisten, einerseits gegen gängige Vorurteile, dass Frauen und Politik unvereinbare Gegensätze seien, andererseits aber auch gegen eine parteiinterne Abwehrhaltung, die zwar die Mobilisierung von Frauen als Wählerinnen und begrenzte weibliche Mitarbeit an der Basis billigte, die Kandidatur von Frauen für parteiinterne oder öffentliche Funktionen aber zu verhindern suchte.

Wenn die SPÖ seitdem auch unbestritten wesentliche Verbesserungen für die Frauen erkämpft hat, so stellt die Repräsentanz der Frauen in der Partei nach wie vor ein grundlegendes Problem dar.

In den 70er- und 80er-Jahren war das politische System in Österreich und unsere Partei durch Kontinuität und Stabilität

SCHWERPUNKT: FRAU

»Mehr Frauen in der Politik bedeutet gleichzeitig weniger Männer. Und genau das ist der Grund und nichts anderes, warum die Steigerungsquote des Frauenanteils in den gesetzgebenden Körperschaften in diesen sieben Jahrzehnten so gering war«

Johanna Dohnal 1989 bei der Festsitzung »70 Jahre Frauenstimmrecht«

geprägt, durch die Entstehung der sozialen Bewegungen, wie Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegung, veränderten sich auch traditionelle Muster der politischen Kultur in Österreich. Seit den 80er-Jahren findet unter den Frauen ein Politisierungsschub statt, der Gang in die Institutionen wurde begonnen und in den 90ern stark professionalisiert.

1985 hat die SPÖ als erste Partei die Quotenregelung eingeführt – auf Druck der Frauenorganisation wurde am Parteitag eine 25%-Quote als »Kann-Bestimmung« beschlossen. 1993 wurde die Mindestquote auf 40% erhöht und sollte innerhalb von zehn Jahren umgesetzt werden. 1998 wurde das Parteistatut dahingehend geändert – und heute wissen wir, dass nur in ganz wenigen Organisationen eingetreten ist, wovon wir damals überzeugt waren, dass es mit einer Übergangsfrist gelingen würde. Unser Weg ist daher noch lange nicht zu Ende!

Da es aber nicht die Frauen waren, die der Politik die Form gegeben haben, sondern die Einrichtungen und Regeln schon etabliert waren, als Frauen rechtlich erst beginnen durften, sich an ihnen zu beteiligen, ist eine neue Organisation und Ausrichtung der Zusammenarbeit nötig geworden.

Auch wenn die Quote ein umstrittenes Instrument war und ist, zeigt sich doch, dass eine dauerhafte und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ohne die Quote nicht möglich ist. Trotzdem ist die Quote nicht das Ziel, sondern nur Mittel zum Zweck. Die innerparteiliche Gleichstellung ist aber nach wie vor nicht erreicht und trotz zahlreicher Fortschritte durch die Quote möchte ich vor Rollback-Tendenzen warnen!

Ich glaube nach wie vor, dass die Quote ein probates Instrument ist, um die weibliche Partizipation in der Politik abzusichern, aber es ist unübersehbar, dass die Luft für Frauen immer dünner wird, je höher sie in der Hierarchieebene steigen. Ich bin daher nach wie vor davon überzeugt, dass wir die

Quote auf lange Sicht noch brauchen werden, ihre Einhaltung weiterhin vehement fordern und auch über Sanktionen bei Nichteinhaltung nachdenken werden müssen.

Warum ist es aber so mühsam, ohne Vorhandensein von Durchsetzungskriterien das Quotenziel zu erreichen?

Sicherlich liegt es noch immer daran, dass zu wenige Frauen ein politisches Amt anstreben. Gerade in den kleineren Gemeinden ist die Rekrutierung von Frauen für politische Ämter besonders schwierig. Das Argument fehlenden politischen Interesses der Frauen aufgrund mangelnder Schulbildung gilt dabei schon lange nicht mehr. Was sind also die Ursachen dafür?

Sind es die alten Rollenbilder, die sich nach wie vor hartnäckig halten und Frauen wenig Mut machen? Ist es der zeitaufwendige Politikstil, der oft nicht mit der Familien- und Sozialarbeit, die immer noch Hauptaufgabe von Frauen ist, vereinbar ist? Liegt es daran, dass Männer besser delegieren können als Frauen?

VEREINBARKEIT

Ja, ich bin überzeugt davon, dass Männer weniger Probleme damit haben, Politik und Familie zu trennen. Frauen geht es aber nicht um die Trennung von Familie und Beruf, sondern um die Vereinbarkeit. Und dabei sind Frauen, die sich für Kinder entschieden haben, in einem Politikalltag mit seinen häufig männerbündischen Strukturen, seinen Spontansitzungen und Diskussionsrunden bis mitten in die Nacht mit familienunfreundlichen – und das heißt eben in der Regel noch immer frauenfeindlichen – Rahmenbedingungen konfrontiert.

Wie könnte es gelingen, diese »old boys networks« zu durchbrechen? Zwar hat die Quote die Öffnung der politischen Gremien und Institutionen vorangebracht, das heißt aber nicht, dass sie in ihrer derzeitigen Ausprägung einen ausreichenden Ansatz zur innerparteilichen Geschlechterdemo-

kratie bietet. Die Erfahrung, dass sich Entscheidungen oft aus Gremien herausverlagern, sobald Frauen in ihnen mit Sitz und Stimme vertreten sind, mussten schon einige Frauen machen. Und auch die Verlagerung der Machtzentren hinein in informelle Kreise, in denen Männer den Schulterschluss gegenüber den Ansprüchen von Frauen üben, erweist sich oft als neue Hürde für politisch aktive Frauen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Mediawatch-Studie für den Standard aus dem Jahr 2007, in der über zehn Jahre die politische Parteien-Berichterstattung in den ORF-Informationssendungen analysiert wurde. Ein Ausschnitt daraus belegt, dass auch in Zeiten, als die Hälfte der Ministerämter mit Frauen besetzt waren, auf Politikerinnen nie mehr als 20% der Redezeit in der »Zeit im Bild« entfallen ist. Diese Berichterstattung ist daher wohl nicht eine Widerspiegelung der politischen Realität sondern eher die Reproduktion und Konstruktion einer Hierarchie, in der manche viel sagen dürfen und es deshalb so aussieht, als hätten sie auch mehr zu sagen.

Natürlich ist alleine die biologische Geschlechtszugehörigkeit kein Garant für eine Politik, die auf Gleichstellung bedacht ist. Gefragt sind also Frauen, die sich nicht nur den männlichen Strukturen anpassen, sondern diese durchbrechen und eine auf Frauenbedürfnissen und Erfahrungen basierende Politik für Frauen betreiben. Erst dann hat die De-facto-Gleichstellung eine Chance.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Liste von Bündnispartnern unter den Männern länger werden muss.

Unseren Genossen ist die Dringlichkeit des Themas durchaus bewusst, die Schwierigkeit liegt meiner Meinung nach aber darin, dass sie ohne ständige Erinnerung und damit von sich aus aktiv werden. Natürlich hat Politik immer auch mit Macht, Verteilung und Knappheit zu tun und so geht es bei der Besetzung von politischen Ämtern um die Konkurrenz

zwischen Männern und Frauen. Die Zunahme von Frauen in der Politik bedeutet, bei gleicher Anzahl der zur Verfügung stehenden Funktionen, auch die Verdrängung von Männern aus der Politik. Daher kommt es also – wie bei jeder Reform – entscheidend darauf an, gerade diejenigen verstärkt zu gewinnen, die etwas aufzugeben haben – in diesem Fall die Männer.

Hier gilt es vor allem, zu überlegen, wie man den Austausch mit Männern und den Einfluss »männlicher Sichtweisen« stärker in den Genderdiskurs einbinden könnte. Das heißt, es stellen sich die Fragen, wie man Männer für Gleichstellungsthemen vermehrt interessieren könnte und welche Form der Ansprache nötig wäre, um noch stärker mit ihnen in Dialog zu treten. Denn ich bin überzeugt, dass gerade in unsicheren Lebenslagen – in die die derzeitige Wirtschaftskrise Menschen versetzt und wie zu befürchten steht, noch stärker versetzen wird – das verstärkte Einbeziehen von Männern in den Gleichstellungsprozess eine »win-win-Situation« für beide Geschlechter bedeuten würde.

Derzeit sind ja leider eher Entwicklungen hin zur Retraditionalisierung zu beobachten. In letzter Zeit werden die Stimmen wieder lauter, die auf meine medialen Botschaften nach verstärkter Frauenbeteiligung in Politik und Führungspositionen mit der Frage, ob ich denn keine »wichtigeren Sorgen« hätte, reagieren. Eine allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Verunsicherung führt also offensichtlich nicht immer zu einer Neupositionierung oder einer Entwicklung neuer Lebensentwürfe.

Denn wenn gerade Frauen heute über immer bessere Bildungsabschlüsse verfügen und auch die Frauenbeteiligung in der Politik gestiegen ist, gestaltet sich die gerechte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen weiterhin problematisch. Hier wäre ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs sicherlich hilfreicher als die Diskussion innerhalb der Frauen- und Männerbewegungen.

Erfahrungen zeigen, dass sich Männer dann gut erreichen lassen, wenn sie erkennen, dass die Maßnahmen ihrer Organisation oder Institution zugute kommen. So sind Männer zum Beispiel in der Wirtschaft mit Stichworten wie »Qualitätssicherung« oft zugänglicher für Maßnahmen zur leichteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für beide Geschlechter. Vor allem in der Wirtschaft herrscht nach wie vor eine große Unkenntnis über Geschlechterungleichheiten und die Relevanz solcher Themen – obwohl sich gerade die jüngere Männergeneration verstärkt für Themen wie »aktive Vaterschaft« interessiert.

DIALOG UND BÜNDNISSE

Was aber noch fehlt, sind geeignete Rollenvorbilder, an denen sich Männer orientieren könnten: Meine Überzeugung ist, dass Dialog und Bündnisse mit Männern ebenso wichtig sind wie zwischen den Generationen, denn nur so können Frauen- und Männerleben in ihrer Vielfalt wahrgenommen werden.

Zurück zur politischen Beteiligung von Frauen: angesichts des gesunkenen Frauenanteils im österreichischen Nationalrat – natürlich primär zu erklären mit der gestiegenen Mandatszahl von FPÖ und BZÖ, beides Parteien mit wenigen Frauen auf den KandidatInnenlisten und geprägt von starken Männerseilschaften – habe ich begonnen, die Diskussion über gesetzliche Quoten wieder in Gang zu bringen.

Dabei wird eine eingehende Analyse der gesetzlichen Bestimmungen und Rahmenbedingungen anderer Länder interessant werden – denn ein Blick auf das Frauenbeteiligungs-Ranking der Interparlamentarischen Union zeigt, dass eine verpflichtende Quote allein nicht erfolversprechend ist.

International gesehen steht Österreich mit seinen backslash-Tendenzen nicht alleine da, die Beteiligung von Frauen an den »Schalthebeln der Macht« bleibt weiterhin auch international umkämpft. Aus diesem Grund habe ich auch in Internationalen Organisationen wie PES und SI – hier vor

allem als Vizepräsidentin der SIW (Sozialistischen FrauenInternationalen) – dringlich deponiert, dieses Thema ganz oben auf die Agenda zu setzen.

Denn nicht ich alleine bin davon überzeugt, dass unsere Politik und damit unsere Gesellschaft nur gewinnen können, wenn sie noch stärker als bisher von weiblichen Erfahrungen und von weiblichen Verhaltens- und Denkstrukturen geprägt werden. Denn es geht bei der Quote nicht ausschließlich um die quantitative Dimension! Wo immer die Quote erwähnt wird, steht reale Politik dahinter!

Diese Analyse soll trotz aller Rückschläge nicht zum Pessimismus verleiten, sondern immer wieder aufs Neue zur Anregung dienen. Denn trotz aller Errungenschaften gibt es nach wie vor viel zu tun, da wir von einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter in Österreich noch weit entfernt sind. Immer wieder stellen uns diesbezüglich internationale Organisationen wie die OECD ein schlechtes Zeugnis aus. Nach wie vor geht die ungleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben und an der politischen Beteiligung sowie die überwiegende Verantwortung der Frauen für Haus- und Familienarbeit auf alte Machtverhältnisse und Gewohnheiten zurück – und das, obwohl Frauen noch nie so gut ausgebildet waren wie heute.

Es gilt, zu jeder Zeit Herausforderungen und Problemen mit konkreten Maßnahmen zu begegnen und sich aktiv für Gerechtigkeit einzusetzen: Seit Einführung der Quote ist der Anteil der Frauen in der SPÖ gestiegen – im Nationalrat liegen wir derzeit bei knapp 37% und auch ich persönlich sage: ohne Quote wäre ich heute nicht, wo ich bin. Denn die Quote hat mir, genau wie anderen Frauen in der Politik, eine Chance geboten und ich finde es befremdlich, dass es oft auch Frauen sind, die das in Abrede stellen.

Und indem die Quote Frauen und Männern theoretisch den gleichen Zugang zu politischen Ämtern eröffnet, trans-

portiert sie schließlich auch einen neuen Politikstil in die Gesellschaft. Es muss fester im Bewusstsein verankert werden, dass vom Engagement und von den Qualitäten der Frauen nicht nur die Politik, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche profitieren. Ob in Hinblick auf politische Ämter, gleiche Aufstiegschancen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit oder Bildungschancen – unsere Gesellschaft kann und darf nicht auf die Hälfte ihres Potentials verzichten.

Deshalb muss die Frauen- und Gleichstellungspolitik ein zentrales Anliegen und auch Auftrag der gesamten Partei bleiben, denn bis zur tatsächlichen Parität in Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft bleibt noch sehr viel zu tun. Ich werde mich daher mit dem Ziel einer zukunftsfähigen Gesellschaft in unserer Partei – in welcher Funktion auch immer – für eine aktive Gleichstellungspolitik einsetzen!

Hier möchte ich vor allem junge Frauen als gleichstellungsorientierte Partnerinnen gewinnen – und das schon lange bevor sie persönlich erste Diskriminierungserfahrungen machen.

Dafür sollten gerade junge Frauen – und auch Männer – mehr über die Geschichte und die Diskurse der Frauenbewegungen und ihre Bedeutung für die heutige Situation erfahren. Heute geht die Tendenz oftmals Richtung Vereinzelung und individuelle Bearbeitung von Problemen und dabei droht meiner Meinung nach das Wissen um die politische Dimension struktureller Ungleichheitslagen verloren zu gehen. Ich wünsche mir daher, dass zum Beispiel über einen generationenübergreifenden Dialog zwischen Frauen dieses Wissen um das Politische immer wieder erinnert wird. Denn auf die kommende Generation wartet die Aufgabe, das Erreichte sowohl zu verteidigen als auch weiterzuentwickeln.

Und wenn junge Frauen heute oft die Auffassung vertreten, dass im Prinzip jede Frau die Lebensform wählen kann, die sie sich wünscht und die ihren individuellen Bedürfnis-

sen entspricht, dann übersehen sie meiner Meinung nach eine Fülle von ungelösten gesellschaftlichen Problemen und den immer weiter auseinanderklaffenden sozialen Unterschieden. Geschlechterungleichheiten in Bezug auf die Aufgabenverteilung in Haushalt und Familie, Kinderbetreuung und Pflegeleistungen, kann man am oberen Ende der sozialen Skala wegorganisieren – am unteren aber nicht! ❀

BARBARA PRAMMER

ist seit 1997 Vorsitzende der SPÖ-Bundesfrauen. Nach ihrer langjährigen Tätigkeit als oö. Landesrätin, als Frauenministerin, Abgeordnete und 2. Präsidentin des Nationalrates übt sie seit 2006 als erste Frau das Amt der 1. Präsidentin des Nationalrates aus.



»WE ALL HAVE THE RIGHT TO START OVER AGAIN.«
CENTRE FOR THE REHABILITATION OF PRISONERS

Als Frau wird man nicht geboren ...

FRAUENPOLITIK Gabriele Heinisch-Hosek zeigt in ihrem Beitrag Meilensteine gesellschaftlichen Fortschritts für Frauen auf, die in den letzten Jahrzehnten politisch durchgesetzt worden sind. Gleichzeitig gibt sie einen Ausblick darauf, welche nächsten Schritte von der Regierung jetzt angegangen werden müssen.

Seit nunmehr 90 Jahren haben Frauen das Wahlrecht und sind aktiv am politischen Geschehen beteiligt. Am 18. Dezember 1918 wurde die neue Wahlordnung beschlossen. Das war ein Meilenstein in der Frauenpolitik. Seit Frauen am Prozess der Gesetzgebung aktiv beteiligt sind, sind viele Veränderungen im Sinne der Frauen passiert.

Trotz der Erfolge in der Frauenpolitik gibt es noch viel zu tun, um tatsächlich Gleichstellung in der Gesellschaft zu erreichen.

So lange Frauen für den gleichen Job mit der gleichen Qualifikation immer noch bis zu 30 Prozent weniger Gehalt bekommen und so lange Frauen bis zu 60 Prozent weniger Pension haben, so lange wird es eine Frauenministerin brauchen. Erstmals ist es gelungen, dass sich die gesamte Bundesregierung zu einem gemeinsamen Nationalen Aktionsplan für Gleichstellung bekennt. Gemeinsam mit den RessortkollegInnen werden wir diesen Aktionsplan Realität werden lassen.

Das 90-jährige Jubiläum des Frauenwahlrechts möchte ich dafür nutzen, um deutlich zu machen, wo die Arbeitsschwerpunkte in den kommenden Jahren liegen werden. Angesichts der wirtschaftlich sehr angespannten Situation werden wir unsere ganze Kraft dafür brauchen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Wir werden nicht verhindern können, dass die Arbeitslosigkeit steigt.

Aber unsere Aufgabe ist es jetzt, den Anstieg möglichst zu dämpfen. Gerade Frauen sind oft die Ersten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Sie sind häufig diejenigen, die Teilzeit

arbeiten, die schlecht bezahlte Jobs machen und schlechter qualifiziert sind. Natürlich haben wir uns abseits der zentralen Arbeitsmarktfragen auch um die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um den Gewaltschutz, um die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenschaften und viele andere Fragen zu kümmern.

FORTSCHRITTE ...

Frauen kämpfen schon sehr lange um ihr Recht auf politische Teilhabe. Bereits während der Revolution 1848 wurden die ersten Forderungen nach einer Beteiligung von Frauen am politischen Leben laut. Männer bekamen 1907 das gleiche, allgemeine Wahlrecht. Frauen wurde das gleiche Recht erst über ein Jahrzehnt später zugestanden.

Am 12. November 1918 wurde im Staatsrat das "allgemeine, gleiche, direkte und geheime Stimmrecht ohne Unterschied des Geschlechtes" durchgesetzt. Am 18. Dezember 1918 wurde die genaue Wahlordnung beschlossen, das Wahlalter auf 20 Jahre und das passive Wahlrecht mit 29 Jahren festgelegt. Am 16. Februar 1919 wählten Frauen in Österreich zum ersten Mal.

Heute scheint vieles selbstverständlich geworden zu sein. Gerade die Sozialdemokratie hat die gesetzliche Umsetzung von frauenpolitischen Anliegen vorangetrieben und das Frauenministerium – zuerst als Staatssekretariat – in der Bundesregierung verankert. Frauen haben in vielen Bereichen per Gesetz die gleichen Rechte, sie werden vielfach gefördert und unterstützt. Denken wir an die Gleichbehandlungsgesetzgebung, an das Gewaltschutzgesetz und die Gewaltschutzzentren.

An Stelle der Haushaltsbesteuerung wurde die Individualbesteuerung eingeführt (1973). Frauen wurden steuerrechtlich erstmals als individuelle Persönlichkeit wahrgenommen. Die Fristenlösung wurde 1975 gesetzlich verankert. Ebenfalls 1975 wurde gesetzlich verankert, dass der Mann nicht mehr automatisch das Familienoberhaupt ist. Frauen benötigten nicht mehr die Zustimmung ihrer Ehemänner, um berufstätig zu sein. Der Familienname des Mannes wurde bei einer Eheschließung nicht mehr automatisch Familienname und beide Elternteile hatten nun gegenüber ihren Kindern gleiche Rechte und Pflichten. Das während einer Ehe erworbene Privatvermögen wird im Falle einer Scheidung geteilt. Erst seit 20 Jahren steht Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe.

Durch die Universitätsreform und die Aufhebung der Geschlechtertrennung an öffentlichen Schulen Mitte der Siebziger Jahre wurden Bildungsbarrieren für Mädchen abgebaut. Und von der Einführung der 40-Stunden-Woche haben vor allem die berufstätigen Frauen profitiert.

... UND HANDLUNGSaufträge

1982 hat Österreich die UNO-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau ratifiziert und den Gesetzgeber und die Verwaltung verpflichtet, Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichbehandlung von Frauen zu treffen. Und erst seit etwas mehr als einem Jahrzehnt ist das Gewaltschutzgesetz in Österreich in Kraft, das wesentlich dazu beigetragen hat, Gewalt gegen Frauen zu enttabuisieren und den Opferschutz in den Mittelpunkt zu stellen.

Alle diese für Frauen so wichtigen Maßnahmen haben auch dazu beigetragen, dass Diskriminierung nicht mehr so offenkundig zu Tage tritt wie noch vor einigen Jahrzehnten.

Frauenpolitik war in diesen 90 Jahren – seit Einführung des Frauenwahlrechts – kein kontinuierlicher Prozess, sondern von Brüchen und Rückschritten gekennzeichnet. Jeder Fortschritt, der erarbeitet wurde, musste immer wieder aufs Neue

verteidigt werden und jede Weiterentwicklung hat oft zähes Ringen um Lösungen erfordert. Vor allem in der Zeit des Nationalsozialismus, in der Frauen de facto auf ihre Mutterrolle reduziert wurden, sofern sie nicht zur Arbeit in Rüstungsbetrieben gebraucht wurden.

Bis zur tatsächlichen Gleichstellung ist es noch ein weiter Weg. Heute sind die Anliegen von Frauen daher nicht geringer geworden. Denn obgleich sich die Herausforderungen vor denen wir stehen gewandelt haben, ist unser Handlungsbedarf nicht weniger dringend. Denn von der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern sind wir nach wie vor weit entfernt.

Frauen verdienen nach wie vor deutlich weniger als Männer. Sie sind öfter in Teilzeit beschäftigt und seltener in Führungspositionen vertreten. Und das obwohl sie mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen und die Mehrheit der UniversitätsabsolventInnen ausmachen. Wie eine Studie zeigt, verdienen Frauen bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und im gleichen Betrieb immer noch weniger als Männer. Wenn man Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammenrechnet, verdienen die Österreicherinnen um 40 Prozent weniger als ihre Kollegen. Und selbst wenn nur die ganzjährig tätigen Vollzeitarbeitskräfte berücksichtigt werden, bekommen Frauen um 22 Prozent weniger ausbezahlt als Männer.


Bildung allein kann dagegen nur wenig ausrichten. Nur 29,9 Prozent aller Frauen mit Universitätsabschluss arbeiten in der Privatwirtschaft in einer hochqualifizierten und führenden Tätigkeit, aber 43,8 Prozent aller Männer mit Universitätsabschluss haben eine solche Tätigkeit. Hier zeigt sich die *Gläserne Decke* an die selbst gut qualifizierte Frauen stoßen.

Daher ist es besonders wichtig, dass sich die Bundesregierung gemeinsam zur Gleichstellung bekennt. Genau dieses Bekenntnis soll mit einem Nationalen Aktionsplans zur Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt konsequent an-

gegangen werden. Es gilt in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam Projekte zur Umsetzung der Zielvorgaben zu erarbeiten.

Diese Schwerpunktsetzung ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten besonders wichtig. Leider ist es Faktum, dass Frauen nach wie vor oft schlechter bezahlte oder Teilzeitarbeitsplätze haben oder in Berufen mit geringen Qualifikationsanforderungen tätig sind. Die Verunsicherung – gerade unter den Frauen – ist spürbar. Gerade darum ist unsere zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre, möglichst Arbeitsplätze zu erhalten.

Hier wird es wichtig sein, die Hälfte der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik für Frauen einzusetzen und in deren Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung zu investieren. Im vergangenen Jahr standen dafür an die 400 Mio. Euro zur Verfügung. Die Arbeitsplätze von Frauen möglichst zu erhalten und ein Einkommen, von dem sie leben können, zu sichern, wird unsere volle Kraft in den nächsten ein bis zwei Jahren benötigen.

Abschließend ist festzuhalten, dass es immer wieder und stetig notwendig sein wird, auf die Anliegen von Frauen aufmerksam zu machen und sie öffentlich zu vertreten. Frauenpolitik ist wie Tempo-Machen in einem Marathon, der noch lange nicht zu Ende ist. 

GABRIELE HEINISCH-HOSEK

ist seit 2. Dezember 2008 Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Öffentlichen Dienst. Zuvor war sie als Abgeordnete zum Nationalrat und Vorsitzende des Gleichbehandlungsausschuss und als Landesrätin in Niederösterreich tätig.



»SET HER FREE AT AMNESTY.FI«
AMNESTY INTERNATIONAL

»Ich finde es reizvoll, neue Wege zu gehen ...«

INTERVIEW Nicht nur in der Politik ist der Weg zur Gleichstellung steinig. Im Gespräch mit Ingela Bruner, der ersten weiblichen Rektorin einer österreichischen Universität, der Universität für Bodenkultur, spürten wir am Beispiel der österreichischen Hochschulen der Frage nach, wie die Gleichstellung im öffentlichen Bereich vorankommt. Das Interview führte Wolfdietrich Hansen.

Du bist seit 2007 Österreichs erste Rektorin einer Universität. Macht es einen so großen Unterschied, eine Universität von einer Frau leiten zu lassen, dass sich die verantwortlichen Männer das erst nach Jahrzehnten trauen?

Im Ausland – z. B. Skandinavien oder Nordamerika – gehört die Leitung einer Universität durch eine Frau schon zur Normalität, offensichtlich aber nicht zur österreichischen. Im Prinzip macht es keinen Unterschied, ob eine Universität von einer Frau oder einem Mann geleitet wird. Es kommt immer auf die Person bzw. ihren Hintergrund, ihren Erfahrungsschatz, ihre Fähigkeiten und ihre Prinzipien an.

Mir macht diese Funktion große Freude, da ich meine gesamte bisherige Erfahrung einbringen kann. Was für meine Arbeit an der BOKU einen Vorteil darstellt, ist die Tatsache, dass es mir immer möglich war, unterschiedlichste Perspektiven kennen zu lernen und mir daraus meine eigene Meinung zu bilden, sei es durch meinen Vater, der nicht studiert hat, und meiner Mutter, die studiert hat, sei es durch die Tatsache, dass ich in reichen Ländern aber auch in Regionen mit ganz anderen Wirtschaftsbedingungen wie z. B. dem Nahen Osten oder Indien gelebt habe, oder dass ich das Schulsystem in Frankreich aber auch das in Kanada kennen gelernt habe.

Ich finde es reizvoll, neue Wege zu gehen und tradierte Wege zu verlassen, da sich die Herausforderungen der Zukunft von denen der Vergangenheit unterscheiden. Ich wünsche mir für Österreich, dass die Leitung einer Universität durch eine Frau in der Öffentlichkeit nicht als gesellschaftlicher Ausnahmestatus angesehen wird. Spannend wird es hier bei der

juristischen Beurteilung der Ablehnung der Bewerbung der Londoner Kuratorin Clémentine Deliss für den RektorInnenposten auf der Akademie der angewandten Künste Wien werden.

Ändert es das Klima für berufstätige Frauen insgesamt, wenn sich in der Spitzenhierarchie etwas tut?

Was ich merke, ist, dass seitdem ich Rektorin bin, sich mehr Frauen auf der BOKU bewerben. Wenn Frauen in leitenden Positionen sind, werden dadurch auch mehr Frauen angezogen bzw. ermutigt.

Hast Du eine Erklärung dafür, warum die Besetzung einer solchen Spitzenposition im öffentlichen Bereich erst 90 Jahre nach Einführung der politischen Gleichberechtigung – dem Wahlrecht – möglich war?

Vielleicht leben wir in einem besonders wertkonservativen Land. Offensichtlich wurde die Besetzung einer solchen Spitzenposition durch eine Frau bisher als nicht möglich betrachtet. Vielleicht spielt es auch eine Rolle, dass ich nicht hier geboren und somit nicht so konditioniert worden bin.

Vor mehr als zehn Jahren habe ich mich intensiver mit der Frage, welche Ziele ich in meinem Leben anstrebe, auseinandergesetzt. Mir wurde klar, dass die für mich interessanteste und anstrebenswerteste Position die einer Rektorin wäre. Ich habe mich an der TU Wien, meiner Heimatuni, zweimal beworben. Der große Unterschied bei der BOKU war, dass ich dort von Personen dazu ermutigt wurde mich zu bewerben. Diese Mischung aus dem Herantreten von außen und der

SCHWERPUNKT: FRAU

Unterstützung von innen hat wohl dazu geführt, dass es geklappt hat. Dass es ein Hürdenlauf war, das konnte man damals in den Medien wahrnehmen. So ergab sich die Konstellation einer Uni, die einen Wechsel wollte, und einer Person, die sich ein Ziel gesetzt hatte. Mit einem Ziel vor Augen ist klar, wo man hin will, auch wenn dazwischen Hürden liegen. Insofern brauchen wir gerade Frauen, die sagen ja, ich strebe diese Position an.

Du leitest die Wiener Universität für Bodenkultur. Auf erste würde man den »Agrar-Sektor« eher als männlich dominiert einordnen. Wie sind denn die tatsächlichen Geschlechterverhältnisse bei Studierenden, Lehrenden und dem Unirat in diesem Bereich?

Die Universität für Bodenkultur ist weitaus mehr als der Agrar-Sektor, auch wenn der Name vielleicht täuschen mag. Die BOKU wurde Ende des 19. Jahrhunderts mit drei Studienrichtungen – Agrar-, Forst- und Kulturtechnik – gegründet. Diese Studienrichtungen machen die BOKU nach wie vor einzigartig in Österreich.

Nach dem Krieg kam der Studiengang Gärungstechnik hinzu, aus dem sich die Lebensmitteltechnologie entwickelte. Aus dem haben sich wiederum die Biotechnologie und die Nanobiotechnologie entwickelt. Einige Studienrichtungen sind aus dem Engagement der Studierenden und der Unterstützung der BOKU für Individualstudien entstanden. Die BOKU ist eine offene und stark interdisziplinäre Universität für erneuerbare Ressourcen. Sie war von Anfang an eine sehr eng mit der Gesellschaft verbundene Institution. Wahrscheinlich ist das die Erklärung für das bis heute ungebrochene Interesse Studierender, Angestellter und ProfessorInnen an gesellschaftspolitischen Entwicklungen.

Zur Geschlechterfrage: Wir haben knapp über die Hälfte weibliche Studierende. Im Unirat sind von sieben Mitgliedern drei Frauen. In der Verwaltung sind Frauen stark repräsentiert,

wie die Leitung des Zentrums für Internationale Beziehungen, des Zentrums für Lehre, der Studienabteilung, der Kinder BOKU, des operativen und strategischen Controlling, der Personalabteilung, der Öffentlichkeitsarbeit, der Rechtsabteilung, der Universitätsbibliothek und des Büros des Rektorats zeigt. Im Senatsvorsitz sind von drei Personen zwei Frauen. Im Bereich der Professuren und der Lehre gibt es – muss ich ehrlicherweise zugeben – noch viel zu tun. Hier müssen wir durchaus auch längerfristige Zeithorizonte ins Auge fassen. Ich freue mich aber sehr, dass ich heuer zwei neue Professorinnen von insgesamt vier Besetzungen dieses Jahr an der BOKU begrüßen darf.

Bei Betrachtung der allgemeinen universitären Institutionen fällt auf, dass Frauen die Mehrheit der Studierenden darstellen, im Mittelbau noch recht ordentlich repräsentiert sind, bei den Professuren und in den UniversitätsrätInnen lange Jahre eine kleine Minderheit bildeten, und beim Rektorat nimmst du ja überhaupt die Rolle der Pionierin ein. Wie erklärst du dir diesen „Schwund“ beim Aufstieg in der universitären Laufbahn?

Bei der Bestellung der UniversitätsrätInnen ist diesmal bundesweit im Gesamten stark auf die Bestellung von Frauen geachtet worden. Sie machen mehr als 40 Prozent aus. Es ist auf jeden Fall wichtig, dass wir überall Frauen in leitenden Positionen haben, im wissenschaftlichen wie im Verwaltungsbereich, im Senat, als LeiterInnen von Arbeitsgruppen, Instituten. In Österreich wird die Geschlechterfrage häufig auf die Professuren reduziert. Auf der anderen Seite stört es mich, dass in Österreich sehr viel von Zahlen gesprochen wird, die Frauen dahinter und ihr Wirken fast völlig außer Acht gelassen wird. Nachdenklich stimmt mich die Tatsache, dass die Zahl der ins Ausland abgeworbenen Professorinnen höher ist als die Zahl der Frauen in Professuren auf österreichischen Universitäten.

Auf der BOKU sind nun 18 Berufungen zu ProfessorInnen ausgeschrieben. Wir haben dafür soeben eigens eine Per-

son aus dem Wissenschaftsbereich der BOKU angestellt, die erstens diesen Prozess begleiten und zweitens auf den Frauenanteil achten wird. Diese Person wird auch die Aufgabe haben, die ProfessorInnen langfristig auf mehreren Ebenen zu begleiten. D. h. sie wird darauf achten, dass die neuen ProfessorInnen Kontakte und Netzwerke in Österreich knüpfen können und ihnen auch beispielsweise bei der Suche nach Kinderbetreuungsplätzen behilflich sein. Sie wird auch die PartnerInnen der Berufenen z. B. bei der Jobsuche unterstützen. Es ist meines Erachtens wichtig, die Menschen nach der Aufnahme nicht alleine zu lassen.

Welche Bedeutung hat die Besetzung von Positionen auf Universitäten in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang?

ProfessorInnen haben in Österreich einen hohen Stellenwert. Sie sind respektiert, und ihre Aussagen haben im öffentlichen Diskurs so etwas wie eine „universelle Gültigkeit“, da sie als TrägerInnen des Wissens bzw. der Wahrheit gelten, d. h. die Universitäten haben mit ihrer Bestellung auch eine enorme Verantwortung zu tragen. Die Berufungen zu ProfessorInnen gehören somit zu den kritischsten und strategisch wichtigsten Entscheidungen einer Universität.

Die BOKU setzt voraus, dass auf eine Professur der BOKU nur Personen berufen werden, die sowohl höchste Qualifikation in Forschung und Lehre als auch eine Persönlichkeitsstruktur aufweisen, die sie für Führungsaufgaben qualifizieren und erhoffen lassen, dass sie sich in die BOKU integrieren und mit den Werten der BOKU identifizieren. Überdies legen wir darauf Wert, dass die an die BOKU zu berufenden Personen über überdurchschnittliche Kenntnisse sowie praktische Erfahrungen bei den Anwendungen ihres Faches verfügen und diese weiter pflegen.

Siehst du einen Unterschied bei der Berücksichtigung von Frauen für Spitzenpositionen zwischen dem öffentlichen Be-

reich – Unis, Verwaltung, Politik – und dem privatwirtschaftlichen Sektor?

Der öffentliche Bereich geht hier vorbildlich voran. Im privatwirtschaftlichen Bereich, sprich bei den AufsichtsrätInnen und in den Vorständen, sieht es nicht so gut aus. Ich bin eine begeisterte Verfechterin des norwegischen Modells, wonach börsennotierte Unternehmen bis 2008 den Frauenanteil in Aufsichtsräten auf 40 Prozent aufstocken mussten. Ich würde mir für Österreich wünschen, dass alle Gremien, die Kraft eines Gesetzes oder einer Verordnung existieren, paritätisch – diesen Begriff bevorzuge ich gegenüber dem landläufigen Begriff Quote – besetzt werden. Hier könnten Bund und Ländern sicherlich einen Hebel ansetzen.

Welche Maßnahmen können noch sinnvoll sein?

Ein Kindergartenplatz für jedes Kind, unabhängig davon, ob es sich um eine Familie oder AlleinerzieherInnen handelt. Ich bin auch eine Verfechterin des verpflichtenden Kindergartenjahres, obwohl mir der Ausdruck Vorschuljahr besser gefällt. Ebenso wäre die Einführung der Ganztagschule sehr wichtig, und zwar wirklich einer Schule und nicht einer bloßen Nachmittagsbetreuungseinrichtung wie einem Hort.


Du hast ja seit Jahrzehnten in der österreichischen Uni-Landschaft Erfahrung. Hatte die tiefgehende Veränderung der universitären Strukturen mit dem UG 2002, die Schaffung der Uni-Räte und starker monokratischer Organe, positiven oder negativen Einfluss auf die Gleichstellung von Frauen an den Unis?

Meiner Meinung nach hat sich durch das UG 2002 für die Situation von Frauen nichts geändert. Was sich geändert hat, ist die Einstellung einzelner Personen wie die von Wissenschaftsminister Hahn, der die Gleichstellung von Frauen auf den Universitäten sehr ernst nimmt und dementsprechend handelt.

Bezüglich des UG 2002 wäre es aber sicher sinnvoll – das hat nichts mit der Gleichstellung zu tun – wenn sich die involvierten Organe die Zeit nehmen würden das Gesetz zu lesen, um sich mit ihrer Verantwortung, ihrer Macht und den Erwartungen des Gesetzgebers bewusst zu werden. Zudem würde ich mir wesentlich mehr Zivilcourage im inneruniversitären Bereich wünschen. Es ist wichtig, in der eigenen Universität offen für die eigene Meinung einzutreten und nicht zwei Meinungen zu vertreten – eine im Rahmen der eigenen Kurie und die andere nur unter vier Augen. Frauen sind hier oft mutiger.

Wie viel Gestaltungsmacht siehst du für dich, in deiner Funktion für faire Bedingungen beim Studium zu sorgen?

Die Universitäten finanzieren sich aus Steuergeldern, und sie müssen Erkenntnisse erarbeiten, die vorrangig Gegenstand der Lehre sind. Die Universitäten haben zuallererst im Interesse der Studierenden zu agieren. Mir geht es um die Schaffung von fairen Studienbedingungen für alle, die studieren wollen. Die BOKU ist und bleibt eine offene Universität. Die Studien auf der BOKU sind nicht leicht, und da sollte die BOKU keine zusätzlichen Hürden aufbauen. Ich denke, dass wir die Verantwortung haben, über die Studien an der BOKU und über die Möglichkeiten mit diesen Studien nachher etwas anzufangen zu informieren. Bildungspolitisch ist es mir wichtig, allen BOKU-Studierenden, die ein Bachelor-Studium abschließen, auch einen Platz für das unmittelbar nachfolgende Master-Studium zu garantieren.

Zur Gestaltungsmacht: Ich denke, dass es zwei Hebel gibt. Das eine ist die Fähigkeit, Personen für einen gemeinsamen Weg zu begeistern. Das andere ist die Macht der Unterschrift, die ich sehr ernst nehme. Man wird mich sicher nicht dazu bringen, etwas zu unterschreiben, bei dem ich der Meinung bin, dass dies nicht im Sinne der Universität oder ethisch nicht vertretbar ist. Letztlich bin ich für das, was ich unterschreibe, verantwortlich. 

INGELA BRUNER

ist seit 2007 Rektorin der Wiener Universität für Bodenkultur. Zuvor war die in Schweden geborene Technikerin u.a. an der TU Wien und der Donauuniversität Krems wissenschaftlich tätig und leitete als Direktorin die Forschungsabteilung der OMV.

**I LOVE
SMOKERS**

BECAUSE I HATE SEX

SMOKING CAN REDUCE YOUR SEXUAL PERFORMANCE
Issued in public interest by Regional Cancer Centre

»I LOVE SMOKERS«
REGIONAL CANCER CENTER



WITH MS EVERY MOVE IS A STRUGGLE.
DONATE TO THE MS SOCIETY OF HALTON.



»WITH MS EVERY MOVE IS A STRUGGLE.«
MULTIPLE SCLEROSIS SOCIETY OF CANADA

Generation Praktikum

STUDIE Die heikle wirtschaftliche Situation der Generation Praktikum: Mit einer eigenen Studie hat neuBASIS erstmals die speziellen ökonomischen und sozialen Probleme junger AkademikerInnen empirisch untersucht. Ein kurzer Überblick über die Ergebnisse.

Die Begriffsprägung *Generation Praktikum* ist in den letzten Jahren und nach der Veröffentlichung eines gleichnamigen Zeit-Artikels von Matthias Stolz Anfang 2005 sehr geläufig geworden und bezeichnet eine nachkommende Generation von jüngeren Studierenden und AkademikerInnen, die – im Widerspruch zu ihrer Lebensplanung und gegen ihre konkreten Jobvorstellungen – schlecht oder gar nicht bezahlte Praktika absolvieren, um sich so für eine fixe Anstellung zu qualifizieren oder zu empfehlen.

Auch können durch Praktikantenstellen biografische Lücken überbrückt werden, da im Lebenslauf nicht aufscheint, dass der jeweilige Job unbezahlt war. Insofern besteht die Generation Praktikum aus ungeschützten ArbeiterInnen und ist dem Prekariat mit seinen typischen existentiellen Ängsten und Sorgen zuzurechnen.

WENIGE EMPIRISCHE FAKTEN

Dabei liegt gerade aus sozialdemokratischer Perspektive die Vermutung nahe, dass manche Unternehmen und ArbeitgeberInnen derart hoch qualifizierte ArbeitnehmerInnen in prekären Verhältnissen arbeiten lassen, um ihren Vorteil daraus zu ziehen und sie nicht mit den üblichen sozialen Absicherungen anstellen zu müssen. Bisher gab es allerdings zu diesem Phänomen nur wenige empirische Fakten.

Mit einer aktuellen Studie über die prekären Arbeitsverhältnisse von JungakademikerInnen hat der Bund Sozialdemokratischer Akademiker (BSA) sich dieses drängenden Problems nunmehr angenommen. NeuBasis, die Jugendorganisation des BSA, hat unter der Leitung von Mag. Christoph Lipinski und in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Soziologie des BSA im

Rahmen einer Telefonbefragung die ökonomisch schwierige Situation von JungakademikerInnen sozialwissenschaftlich erhoben. Im August und September wurden insgesamt 195 Wiener Fachhochschul- und UniversitätsabsolventInnen bis zum Alter von 38 Jahren zu ihren Erfahrungen mit Praktika und ihrer allgemeinen ökonomischen Lage befragt. In der letzten Oktoberwoche 2008 wurden dann die Ergebnisse und statistischen Auswertungen von der Justizministerin und Präsidentin des BSA Maria Berger präsentiert. Im Folgenden werden die Ergebnisse dieser Studie detailliert vorgestellt und kurz diskutiert.

1. Nachdem Studierenden-Praktika oft gar nicht oder nur sehr schlecht bezahlt werden, stellen sie eine große finanzielle Belastung dar. Daher wurde im Rahmen der Telefonbefragung eruiert, wie diese Belastung einzuschätzen sei. Etwa 30% der Befragten gaben daraufhin an, dass für sie diese Belastung eher groß oder sehr groß (19%) sei. Nur 12% gaben an, dass sie sich nur in einem sehr kleinen Ausmaß davon betroffen fühlen und für 31% ist sie eher klein. Das heißt, dass ein ernst zu nehmender Anteil der JungakademikerInnen – gut die Hälfte – sich direkt von Studienschwernissen und Arbeitsmarktproblemen betroffen sieht, die mit Praktika in Zusammenhang stehen.
2. Einige telefonisch vorgestellte Aussagen sollten dann mit dem Schulnotensystem benotet werden. Dabei stellte sich heraus, dass 70% der Befragten (Note Sehr Gut und Gut) sich für eine gesetzliche Regelung aussprechen, die einen Minimallohn festschreibt, der von Unternehmen für ein Praktikum zu bezahlen ist. 64% sind der Meinung, dass es darüber hinaus auch eine kollektivvertragliche Regelung geben müsste. Und etwa 55% sehen eine prinzipielle Not-

wendigkeit für den Ausbau von staatlichen Förderungen, die PraktikantInnen unterstützen sollen. Diese Zahlen verweisen darauf, dass einer großen Mehrheit von Betroffenen die äußerst problematische Lage im Bereich der Praktika klar vor Augen steht. Staatliches und politisches Handeln in diesem Bereich würde also von dieser Zielgruppe mit großer Wahrscheinlichkeit stark unterstützt werden.

3. Der besondere Fall der Praktika steht in direktem Zusammenhang mit der allgemeinen Situation von JungakademikerInnen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt. Wie schätzen die Befragten diese Lage ein? Etwa 53% (Sehr Gut und Eher Gut) haben hier ein positives Bild von ihren Chancen. 41% (Eher schlecht und Sehr schlecht) hingegen rechnen mit Problemen auf dem Arbeitsmarkt und sehen der Zukunft pessimistisch entgegen. Das ist ein nicht zu unterschätzender Anteil. Auch hier zeigen die erhobenen Daten, dass die Probleme der Generation Praktikum gerade hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik politisch und sozio-ökonomisch berücksichtigt werden müssen.
4. Und wie stark meinen die Befragten allgemein bei ihrem Berufseinstieg von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen zu sein? 23% Prozent geben an, dass sie von dieser problematischen Lage sehr betroffen sind und 39% sehen sich ziemlich betroffen. Wenig betroffen sehen sich nur 27% und gar nicht betroffen nur verschwindende 4%. Das bedeutet., dass von drei Befragten jeder zweite damit rechnet, mit den Problemen des Prekariats konfrontiert zu sein oder zu werden. Im Hinblick auf die Bildungs- und Wirtschaftspolitik eine bedenkliche Zahl.
5. Die InterviewpartnerInnen wurden gefragt, durch welche Veränderungen die Situation von Studierenden nachhaltig verbessert werden könnte: Dabei gaben 83% an, dass höhere Stipendien die Situation sehr erleichtern würden. Für eine bessere Bezahlung von Studierendenpraktika sprachen sich 76% aus und für leichtere Kriterien für einen Stipendien-

bezug 74%. Eine Verlängerung der Stipendienbezugsdauer sehen 66% als positiv an und 42% sind für die Abschaffung von Zwangsbarrieren beim Studium. Hinsichtlich der Abschaffung der Studiengebühren sprachen sich 57% dafür und etwa 20% dagegen aus. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass die Einführung eines Numerus Clausus von 76% der Befragten nicht unterstützt wird.

Insgesamt lässt sich betonen, dass auch hier ein klares Bild über notwendige Maßnahmen existiert, welche die Situation der Generation Praktikum verbessern könnte. Gerade angesichts der geringen AkademikerInnenquote Österreichs wird man hier auf Förderung und Unterstützung setzen müssen. Eine progressive Arbeitsmarktpolitik tut auch hier Not.


6. Die gleiche Frage wurde nun hinsichtlich der JungakademikerInnen gestellt. Welche Dinge würden ihre Situation erleichtern? 83% würden Förderungsmodelle für Unternehmen begrüßen, die JungakademikerInnen nach ihrer Probezeit auch eine Fixanstellung geben. Dass eine solche Förderung als notwendig erachtet wird, spricht für sich. Und auch bei dieser Frage sind es 67%, die für eine verpflichtende Einführung von Kollektivverträgen optieren.

Den Vorschlag, All-In Arbeitsverträge, bei denen Überstunden nicht ausbezahlt werden, sondern in Form einer Pauschale abgerechnet werden, abzuschaffen, unterstützen 59%, wohingegen 16% dezidiert dagegen sind. Auch hier kann also ein großes Problembewusstsein nachgezeichnet werden.

ANGEMESSEN REAGIEREN

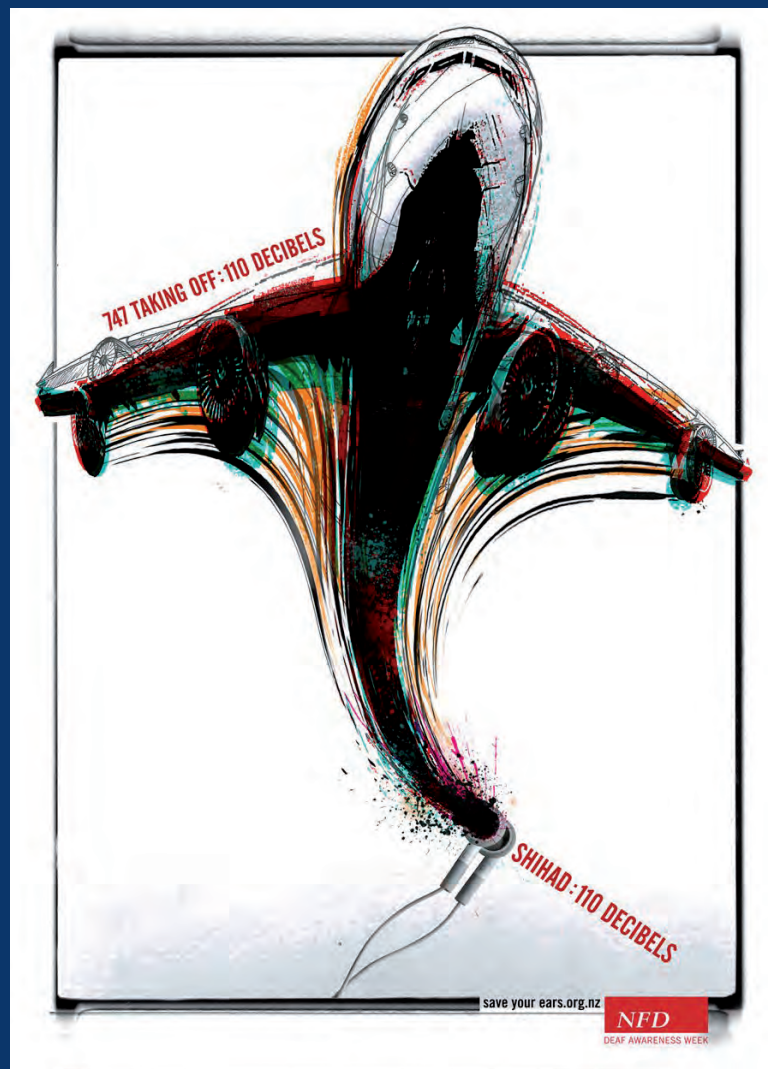
Insgesamt verweisen die erhobenen Werte, Zahlen und Ergebnisse bei den Befragten auf eine große Sensibilität für die prekäre Lage von JungakademikerInnen und Studierenden. Man kann getrost davon sprechen, dass – nicht zuletzt unter dem Einfluss der Globalisierung – nunmehr auch in den ge-

hohen Bildungsschichten heikle Arbeitsverhältnisse Einzug halten, auf die politisch, sozial und ökonomisch angemessen reagiert werden muss.

Die Generation Praktikum und ihre prekären Arbeitsverhältnisse sind mit dieser Studie als ein klar wahrnehmbarer sozialer Missstand in Österreich ausgewiesen. Dadurch besteht in der Folge auch die Notwendigkeit und Möglichkeit politisch nachhaltige Lösungen und Maßnahmen in Angriff zu nehmen, die den Betroffenen konkrete Unterstützung widerfahren lassen. Dabei geht es vor allem um soziale Absicherung und das Ausverhandeln von Kollektivverträgen für freie Dienstnehmer und PraktikantInnen. 

ALESSANDRO BARBERI

ist Mitarbeiter von neuBASIS und Mitgestalter der Studie.



»SAVE YOUR HEARING.ORG.NZ«
DEAF AWARENESS WEEK

Was für eine Union wollen wir denn?

EUROPÄISCHE UNION Franz Kienzl verteidigt die Europäische Union, weist darauf hin, dass die Österreicherinnen und Österreicher eine starke Union wollen, ist von nationalen Sonderwünschen gar nicht begeistert und sieht in einem Referendum nur eine Scheinlösung.

Wenn man das Ergebnis der Fragestellung des Eurobarometers »Ist die Europäische Union eine gute oder eine schlechte Sache?« bewertet, könnte man fast meinen, die Briten und Österreicher, zwei so unterschiedliche und weit auseinander liegende Nationen, wetteifern um den Spitzenplatz in der Ablehnung der Europäischen Union. Das passt freilich nicht mit den Ergebnissen einer Umfrage überein, die von der »Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik« seit 1991 in regelmäßigen Abständen gestellt wird. Diese Frage lautet: »Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?«

Die Zeitreihe zeigt einige Schwankungen. Es gab einen Tiefpunkt am Anfang, als die Österreicher sich mit der Mitgliedschaft in der EU noch nicht vertraut gemacht hatten, es gab einen Höhepunkt vor den so genannten »Sanktionen« der Vierzehn gegen die Schüssel-Haider-Regierung, dann einen Absturz und seither hat sich die Einstellung der Österreicher offenkundig stabilisiert. Rund 70% sind für den Verbleib in der Union, rund 25% für einen Austritt (Grafik Seite 33).

KANN STATISTIK LÜGEN?

Kann sie nicht, aber man kann sie leicht falsch interpretieren. Das passiert regelmäßig dem Eurobarometer. Sobald seine Ergebnisse veröffentlicht werden, erfahren wir aus allen Medien, dass 38% der Österreicher, natürlich repräsentativ erfragt, finden, dass die Europäische Union eine gute Sache sei. Von den Briten sind nur 36% dieser Meinung. Wie passt das mit dem von der »Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik« im Juli 2008 erhobenen Ergebnis zusammen, dass 69% der Österreicher bei der Europäischen Union bleiben wollen? Wie

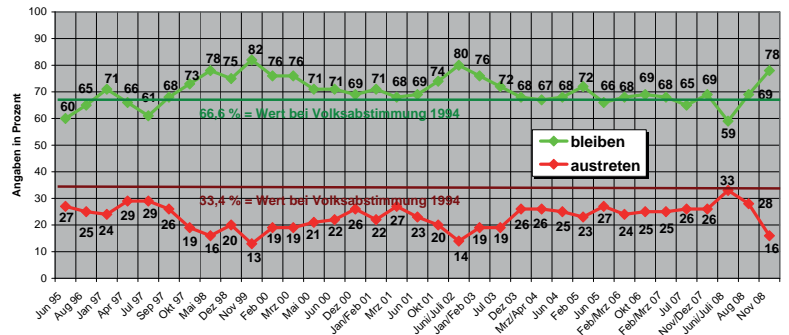
kann der Widerspruch aufgelöst werden? Ganz einfach: Die Briten wollen eine schwache EU, uns scheint die EU oft zu schwach und uneinig zu sein. Das heißt, wir wollen eine starke EU. Die 36% und 38% kann man also mit dem Ausspruch »Die Extreme berühren sich« erklären.

Eine zweite Erklärung liefert dann eine Analyse des Eurobarometers: So meinen 68% der Österreicher, dass die gemeinsame Währung (der Euro) eine gute Sache sei. Aber nur 24% der Briten sind dieser Auffassung, 59% der Österreicher vertrauen der Europäischen Zentralbank und 51% dem Europäischen Rechnungshof, bei den Briten sind es aber nur 28% und 12%. Auch das Europäische Parlament genießt bei 51% der Österreicher Vertrauen, aber nur 25% der Briten, die doch den Parlamentarismus erfunden haben, vertrauen dem Europäischen Parlament.

WIR WOLLEN EINE SOZIALE UNION

Sozialdemokraten wollen eine »Soziale Europäische Union«. Dann liegt es auf der Hand und kann von niemandem, der mit der Lage vertraut ist, bezweifelt werden, dass wir eine »starke Union« brauchen. Eine etwas aufgemascherlte Freihandelszone, wie sie die britische politische Führung am liebsten hätte, kann naturgemäß keine soziale Union sein. Wenn nur Zölle beseitigt und Hindernisse für den freien Warenverkehr abgebaut werden, wo bleibt dann das Potenzial, wo bleiben die Institutionen, wo bleibt auch der Wille, eine sozialpolitisch ambitionierte Politik einzuschlagen? Nur eine Union mit starken Institutionen und großer Geschlossenheit kann sozialpolitische Ziele verfolgen, und eine den Arbeitnehmern dienende Wirtschaftspolitik treiben. Traditionen, unterschiedliche Leistungsfähigkeit und vor allem auch unterschiedlich starke

Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?



SWS Telefonumfragen 1995 - 2008, N = 1000.
 * Wert Juni/Juli 2008: IFES, N = 1000.
 Der Durchschnittswert der Zustimmung beträgt 70,17 %.
 Der Durchschnittswert der Ablehnung beträgt 23,11 %.

Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

www.euro-info.net
europa@euro-info.net

Institutionen in den einzelnen Mitgliedstaaten schaffen gewaltige Hindernisse für eine »Soziale Union«.

Jeder Österreicher weiß, dass wir nur mit wenig Einkommen, viel Arbeit und großer Sparsamkeit nach dem Zweiten Weltkrieg den wirtschaftlichen Anschluss an die westeuropäischen Staaten erreichen konnten. Er kann sich also vorstellen, wie schwer es für Nationen wie Rumänien, Bulgarien – ganz zu schweigen von Moldawien – ist, unser sozialpolitisches Niveau zu erreichen. Da bedarf es auch beachtliche finanzielle Leistungen der anderen Mitgliedsstaaten, die am allerwenigsten von einer Freihandelszone nach schweizerischem, englischem oder auch norwegischem Beispiel geleistet werden könnte.

NATIONALE INTERESSEN

Weitere Meinungsumfragen zeigen ganz deutlich, dass die Österreicher eine starke Union wollen. Im August 2007 wurden 1002 erwachsene Österreicher von der »Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft« befragt, welche Richtung die Europäische Union einschlagen soll. Es gab im Juni 2007 ein Gipfeltreffen der 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union, bei dem deutlich wurde, dass es eine Gruppe von Staaten gibt, die positiv zur europäischen Einigung und ihrer Weiterentwicklung stehen, und andere, die eigentlich nur nationale Interessen durchsetzen wollen.

Auf die Frage, welcher Gruppe sich Österreich anschließen sollte, waren 59% der Befragten der Meinung, dass wir uns der Gruppe, die positiv zur Europäischen Union steht, anschließen sollten. Von den SPÖ-Anhängern waren 64% dieser Auffassung, von den ÖVP-Anhängern 66%, von den Grünen 64%. Nur die Anhänger der Freiheitlichen Partei waren mit 48% der Auffassung, wir sollten uns jener Gruppe anschließen, die nur nationale Interessen durchzusetzen versucht.

Eine nachhaltige Sozialpolitik kann nur auf der Grundlage einer starken Wirtschaft durchgehalten werden. Ein kleiner europäischer Staat wie Österreich kann auch keine autonome

Konjunkturpolitik betreiben. Als wir es anfangs der 1970er Jahre versuchten, ernteten wir ein gewaltiges Leistungsbilanzdefizit. Nur ein großer Wirtschaftsraum kann mit guten Erfolgsaussichten eine autonome Konjunkturpolitik betreiben. Wenn viele österreichische NationalökonomInnen Anhänger einer »starken« Europäischen Union sind, dann nicht zuletzt aus dem Grund, dass auch nur eine starke Union eine nachhaltige Konjunkturpolitik betreiben kann.

Gerade die jüngste Wachstumsschwäche der Realwirtschaft, ausgelöst von dem US-Finanzdebakel, liefert einen eindrucksvollen Anschauungsunterricht, wie wir ohne EU und ohne die Europäische Zentralbank dastehen würden.

In der heutigen weltpolitischen und auch weltwirtschaftlichen Lage haben kleine Staaten wenig Chancen sich durchzusetzen. Da kann man, wie es die Schweizer immer tun, nach Fairness, freiem Wettbewerb und Nicht-Diskriminierung rufen, erreichen kann man sie nicht, wie zahllose Beispiele zeigen, zumindest nicht mit Worten und diplomatischen Bemühungen. Es muss eine starke politische und vor allem wirtschaftliche Macht dahinter stehen, und die kann ein Kleinstaat nicht ausüben. In der »Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik« haben wir ein kleines Gedanken-Experiment gemacht, um das geopolitische Potenzial größerer Wirtschaftsräume zu überprüfen. Und zwar haben wir

FORMEL:

$$\frac{\sqrt{\text{aus Bevölkerung}} \times \text{BNP} \times \text{Wirtschaftswachstum p. a.}}{\text{Wirtschaftswachstum p. a.}}$$

(Ausgaben für Forschung und Entwicklung / BIP) =

multipliziert, das schienen uns die Elemente wirtschaftspolitischer Kraft. (Das Ergebnis verdeutlicht die Grafik auf Seite 35.) Die Europäische Union steht jedenfalls an zweiter Stelle, vor den USA und auch vor Japan und Russland. Gerade die Kri-

sen der Finanz- und der Realwirtschaft beweisen, wie wichtig dieses Potenzial der EU ist. Sie hat die Rettungsaktion gestartet und dem Prozess die erforderliche Dynamik verliehen. Wer über wirtschaftliche Fantasie verfügt versuche sie vorzustellen wie die Krisen verlaufen würden, wenn statt 27 Mitgliedsstaaten der EU, die gemeinsam handeln, 27 Klein- und Mittelstaaten jeder für sich versucht hätte nicht unterzugehen.

EU: ANTWORT AUF GLOBALISIERUNG

Es gibt von Frankreich ausgehend eine Bewegung von durchaus ernst zu nehmenden und wohlmeinenden, vorwiegend jungen Denkern, die die Organisation *Attac* gegründet haben und sich als Globalisierungsgegner bezeichnen. Nur ist freilich die Globalisierung der Weltwirtschaft eine Tatsache, wie die Entkolonialisierung. Man kann die Entkolonialisierung begrüßen, man kann sie bedauern, aber sie ist eine Tatsache. Und man kann gegen die Globalisierung Gedanken-Experimente veranstalten, aber hier gilt das schöne Wort von Friedrich Schiller aus Wallenstein: »Eng ist Welt und weit ist das Gehirn, leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.«

In der globalisierten Welt kann der Kleinstaat nicht reüssieren. Wenn negative Folgen der Globalisierung für einzelne Staatsbürger oder Bevölkerungsgruppen, insbesondere Arbeitnehmer, abgewendet oder wenigstens abgemildert werden sollen, kann das nur eine »starke« Europäische Union bewerkstelligen.

Um das Potenzial am wirksamsten einzusetzen, braucht die Europäische Union aber auch die entsprechenden Institutionen. Die Europäische Union besitzt aber nicht nur Institutionen, sondern auch Symbole, die manchen nicht besonders gefallen, aber auch sie sind eine Tatsache. In der Diskussion um den Vertrag von Lissabon wurde von einigen Befürwortern beteuert, dass wir keine Europahymne haben, aber wir haben sie und sie wird immer wieder gespielt. Auch sollten wir keine anderen Symbole – zum Beispiel eine Fahne – ha-

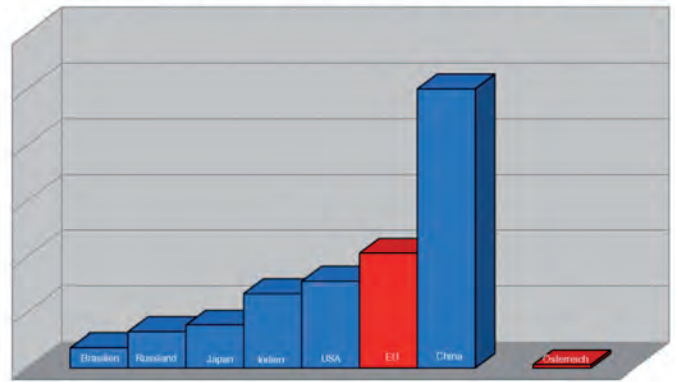
ben, aber auch eine Fahne haben wir und sie wird immer wieder hergezeigt. Ja, wir haben sogar ein einheitliches Kennzeichen auf den Autos und wir haben einen europäischen Pass. Aber noch viel, viel wichtiger: Wir haben einen gemeinsamen Sicherheitsraum, den jene Länder bilden, die dem Schengen-Vertrag angeschlossen sind und die eine gemeinsame Außengrenze sichern. Gemeinsame innere Sicherheitsvorkehrungen, gemeinsame Information über Bewegung von Verbrechern – was will man mehr?

Ganz gewiss wollen wir nicht gering schätzen, dass wir auch ein Europäisches Parlament und einen Europäischen Gerichtshof haben. Ursprünglich hatte die Europäische Union, damals Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, überhaupt kein Parlament, heute ist das Parlament wesentlich stärker geworden und ein unübersehbares Symbol für die Demokratisierung der Europäischen Union und der Möglichkeit, wie es Renner einmal gesagt hat, Konflikte in Diskussionen auszutragen, ohne zu den Waffen greifen zu müssen. Wie die Geschichte beweist, hat letzteres immer nur neue Konflikte geschaffen.

Schließlich, und das soll nicht das Geringste sein, haben wir auch eine gemeinsame Währung. Den Vorteil dieser Währung erkennen alle Europäer, die im Euro-Raum Urlaub machen. Man kann nicht nur mit dem Euro zahlen, ohne sich mit Umrechnungen den Kopf zu zerbrechen, oder sich zu verrechnen. Der Euro hat uns auch geholfen, die Teuerung, die sich vor allem aus der Verknappung des Erdöls und des Erdgases ergeben hat, abzumildern. Auch der uneinsichtigste Autofahrer muss sich bewusst machen, dass er statt 70 Euro für eine Tankfüllung 120 Euro zahlen müsste, wenn der Dollar noch unsere Leitwährung wäre.

Amerikanische Währungspolitiker, nicht zuletzt Greenspan aber auch manche Theoretiker, waren gegen die Schaffung dieser gemeinsamen Europäischen Währung, denn durch den Euro wurde das Gewicht des Dollars im Welthandel reduziert. Auch eine erfolgreiche Abwehr der Konsequenzen der

Das geopolitische Potential von Weltmächten im Vergleich zu Österreich



Krisen des amerikanischen Finanzsystems, man denke nur an die jüngste sub-prime-Krise, konnte nur gemeinsam begonnen werden. Ohne den Euro und ohne das Eingreifen der Europäischen Zentralbank hätten wir 2008 einen credit crunch erlebt. Es hätte eine Kreditkrise gegeben, die hunderttausende Arbeitsplätze in Europa gekostet hätte. Bisher konnte sie durch die Europäische Zentralbank – auch sie eine wichtige Institution – weitgehend abgewendet werden.

REFERENDUM – EINE SCHEINLÖSUNG

All diese Institutionen sind natürlich nicht vom Himmel gefallen, sie mussten mit großen Anstrengungen erarbeitet werden, es mussten Widerstände überwunden werden und manche sind auch heute noch nicht bewältigt. Und ein Problem ist überhaupt ungelöst, nämlich das Problem, wie eine Mitwirkung der Bevölkerung bei der weiteren Entwicklung der Europäischen Union gesichert werden kann.

Oder anders ausgedrückt, es soll die Entwicklung nicht von einigen europäischen Spitzenpolitikern aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland gestaltet werden, sondern es sollten auch die Bürger mitmachen und ihren Willen kundtun.

Einige Entwicklungen der letzten Jahre haben nun gezeigt, dass der Weg, der bisher versucht wurde, ein Irrweg ist. Er beruht auf der Annahme, dass Volksabstimmungen auf nationaler Ebene einen Fortschritt der Europäischen Union nicht nur ermöglichen, sondern sogar beschleunigen könnten. Konnte man noch vor einigen Jahren annehmen, dass dies vielleicht irgendwie gelingen könnte, haben die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden über die Verfassung und jetzt auch über den Vertrag von Lissabon gezeigt, dass es so nicht gehen kann.

In Frankreich wollten Marianne und Marius dem ungeliebten Chirac eins auswischen, das Ergebnis ist bekannt. Ebenso die Volksabstimmung in Irland. Meinungsumfragen

haben bewiesen, dass die Iren über alles Mögliche abstimmen wollten, zum Beispiel über »Homo-Ehen«, aber kaum über den Lissabon-Vertrag.

Es gibt manche österreichische Politiker, insbesondere gilt das für unseren Bundeskanzler, die glauben, so stark, so beredend, so überzeugend zu sein, dass sie je nach Bedarf ein positives Votum in unserem Land zustande bringen könnten. Freilich, wer beobachten konnte, wie wenig sie ihre Wähler bei den jüngsten Nationalratswahlen mobilisieren konnten, kann nur hoffen, dass es nicht zur Nagelprobe kommt.

Auch müssen sie hoffen, dass ihre Überzeugungskraft bei (sowieso nicht kommenden) Abstimmungen über Verfassungsverträge der Europäischen Union oder bei umstrittenen Beitritten von Staaten zur Union, nicht getestet wird. Ein kleiner Test wird die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen sein. Politiker, die die Wähler nicht zur Wahl bringen, werden für ihre Partei nur ein mageres Ergebnis zustande bringen, an dem sie auch gemessen werden.

Man kann mit absoluter Sicherheit annehmen, dass die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union nie auf einen gemeinsamen Nenner kommen, wenn Volksabstimmungen über Verträge oder Erweiterungen vorgesehen, ja vorgeschrieben sind. Möglicherweise kann eine vernünftige Lösung zu Stande kommen, wenn eine einheitliche, gesamteuropäische Volksabstimmung an einem Tag in allen Mitgliedsstaaten zu einer Frage stattfindet. Denn wenn auf nationaler Ebene abgestimmt wird, kann mit Sicherheit damit gerechnet werden, dass die Wähler gar nicht an den Vertrag denken, über den sie jetzt abstimmen sollen, sondern wie es sich in Frankreich, in den Niederlanden und jetzt in Irland gezeigt hat, sie vor allem der eigenen Regierung oder einigen Parteien einen Denkkzettel verpassen wollen. Offenbar glauben sie, so eine europäische Abstimmung sei keine besonders wichtige Sache, da kann man schon seinem Unmut und seinem Ärger freien Lauf lassen, ohne großen Schaden anzurichten.

Wenn die Volksabstimmung von 1994 als Beispiel für ein erfolgreiches Referendum herangezogen wird, sollte man nicht vergessen, welche Parteikonstellation es damals gab und wie stark die Parteien damals noch waren. Gar nicht erwähnt werden die Kosten von Volksabstimmungen. Dabei gibt es einmal die politischen Kosten, an denen werden die irischen Regierungen noch lange leiden. Dann gibt es auch die finanziellen Lasten. Billiger als Nationalratswahlen wird es nicht kommen und das wären etwa 60 Mio. Euro. Damit könnte man die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse sanieren.

Natürlich gibt es das demokratiepolitische Argument: Die Bürger sollen in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Wenn sie an einer Entscheidung mitmachen müssen, werden sie politisch aktiviert. Aber wo sind denn diese Bürger? Nur eine winzige Minderheit interessiert sich für diffizile europapolitische Fragen, wie die Zugriffe auf die Internetplattformen beweisen. Will die politische Führung nur wissen, wie die Staatsbürger zu einschlägigen Problemen Stellung nehmen – die Demoskopie ist ja schon erfunden und mit 20.000 Euro kann man schon elaborierte Umfragen finanzieren.

DAS INSELDASEIN – EINE LÖSUNG

Es gibt in Österreich eine Minderheit, die meint, man könnte aus der Europäischen Union austreten, dann wäre alles viel besser, wir müssten nicht lang darum kämpfen, dass wir zu unserer Marmelade »Marmelade« sagen dürfen und sie nicht »Konfitüre« nennen müssen. Man könnte sich aus der Anti-Raucherkampagne ausklinken und frisch drauflos paffen, ungeachtet der Tatsachen, dass dann die anderen Staatsbürger für den Lungenkrebs des Rauchers einstehen, vor allem zahlen müssen. Man meint, wenn man die eigenen Grenzen selbst ordentlich bewacht, dann besteht nicht die Gefahr, dass Banden aus Nachbarstaaten bei uns auf Raubzüge gehen.

Aber im Ernst: Ein Inseldasein hat auch unserem oft bewundertem und beneidetem Nachbarn, der Schweiz, nicht gerade gut getan. Die Schweiz hat, uralten Traditionen fol-

gend, bewusst den Weg des Alleingangs in Europa gewählt, vielleicht nach dem Grundsatz vorgehend, »wir schauen uns die Sache einmal hundert Jahre lang an und dann wollen wir uns entscheiden, ob wir der Europäischen Union beitreten oder nicht.« Wilhelm Tell hat ja angeblich gesagt: »Der Starke ist am Mächtigsten allein« und das dürfte auch die Einstellung eines sehr großen Teils der Schweizer Bevölkerung sein. Sie will an ihren bilateralen Verträgen festhalten und lehnt einen Beitritt zur Europäischen Union mehrheitlich ab.

Die Frage ist nur, hat der österreichische Weg des Beitritts oder der schweizerische Weg des Abseits-Stehens einen größeren Erfolg gebracht?

Wir NationalökonomInnen beneiden Naturwissenschaftler, die in der Lage sind, ihre Annahmen durch Experimente falsifizieren zu können. Nun, ein Maßstab, der für die Entwicklung einer Volkswirtschaft im Allgemeinen gebraucht wird, ist das Bruttoinlandsprodukt. Wenn nun zwei Volkswirtschaften unterschiedliche Wege gehen (die Schweiz durch Fernbleiben von der Europäischen Union, Österreich durch Beitreten), dann haben wir ein interessantes Experiment: Zwei kleine Volkswirtschaften, zwei Nationen mit langer Geschichte und starken Institutionen, zwei Demokratien, zwei Volkswirtschaften, die durchaus als hoch entwickelt bezeichnet werden können – und wie haben sie abgeschnitten als eine der EU beiträt und die andere fernblieb? Wie Mag. Franz Nauschnigg bewiesen hat, ist das österreichische Bruttonationalprodukt von 1994 bis 2006 um 28% stärker gestiegen als das schweizerische. Wir haben also unseren bewunderten Nachbarn abgehängt. Diesmal waren wir die Schläueren.

GEFÄHRLICHE EXTRATOUREN

Jetzt ist aber auch ein Blick in die andere Richtung lehrreich. Die »Österreichische Gesellschaft für Europapolitik« hat nicht nur in Österreich Meinungsumfragen durchführen lassen, wie die Österreicher zu Beitritt oder Austritt stehen, sondern auch in Tschechien und siehe da, auch die Tschechen sind zu 68%


der Auffassung, dass sie lieber Mitglied der Europäischen Union bleiben wollen, als aus der Europäischen Union auszutreten. Allerdings darf auch wieder nicht übersehen werden, wie gefährlich es für die Europäische Union ist, wenn Mitgliedstaaten Sonderwege gehen, die ihre Nachbarn betreffen und auch bedrücken müssten. Polen und Tschechien haben mit den USA einen Stationierungsvertrag von Raketenabwehrsystemen abgeschlossen, ohne ihre Nachbarn, ihre Mitglieder in der Europäischen Union zu konsultieren.

Nun sind das Entscheidungen der Regierungen, die von der Bevölkerung offensichtlich nicht goutiert werden, aber sie zeigen, welche Gefahren es mit sich bringt, wenn jeder Staat nationale Extratouren reiten kann. Das reicht von lächerlichen Kleinigkeiten, wie zum Beispiel dem griechischen Widerstand gegen die Benennung Mazedoniens mit einem Namen der in ganz Europa, ja sogar in der ganzen Welt gebräuchlich ist, aber den Griechen nicht passt.

ARGE TURBULENZEN

Oder auch um die andere Seite des Kontinents zu betrachten: Die Angst der Iren, dass durch die Europäische Union die »Homo-Ehe« auch in Irland eingeführt werden würde, so sie den Vertrag von Lissabon akzeptieren. Dass die Iren damit die anderen Mitgliedsstaaten in arge Turbulenzen gestürzt haben, sollten jene politischen Kräfte in Österreich bedenken, die eine Verbeugung vor dem Volkswillen zu machen glauben, wenn sie nationale Volksabstimmungen in europäischen Angelegenheiten befürworten.

Sehen wir einmal davon ab, dass die österreichischen Wähler nicht sobald eine Gelegenheit haben werden, über einen neuen Vertrag eine Volksabstimmung zu veranstalten. Ist doch noch nicht einmal der Vertrag von Lissabon von allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert. Einen neuen Vertrag wird es vielleicht in zehn Jahren geben, aber sicher nicht mehr den Vorkämpfer für eine Volksabstimmung. Außerdem müssten wir die Verfassung ändern. Eine Volksabstimmung kann es nur über ein

Gesetz geben – für das aber eine Mehrheit im Nationalrat gefunden werden muss. Somit streiten die Parteien um des Kaisers Bart – eigentlich des Gaisers (Ziegenbock) Bart – und da hätten wir doch drängendere Probleme. 

HEINZ KIENZL

ist Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS).



Powerful but not harmful
Use Condom

Brought to you by
Suan Yai Medical Clinic

»POWERFUL BUT NOT HARMFUL. USE CONDOM«
SUAN YAI MEDICAL CLINIC



»THE CHILDREN DREAM CANNOT DIE«
UNICEF

Make Austria a Better Place

ENERGIEPOLITIK Norbert Templ geht in seinem Beitrag der Frage nach, mit welchen Strategien stärkeres Wirtschaftswachstum und der Kampf gegen den Klimawandel miteinander vereinbar sind.

Die Lage ist ernst. Finanzkrise, Rezession, Klimawandel, Oilpeak – die neue Regierungsperiode steht vor enormen Herausforderungen. Mit dem 100 Mrd. Euro-Banken-Paket und den beiden Konjunkturpaketen hat Bundesregierung Handlungsfähigkeit bewiesen. Was wir zusätzlich brauchen ist eine sinnvolle Wachstumsstrategie, die zwei zentrale Themen miteinander verknüpft: Oilpeak und Klimawandel.

FAKTOR: OILPEAK

Oilpeak meint den Höhepunkt der weltweiten Ölförderung, also den Zeitpunkt, ab dem die Förderung sukzessive zurückgeht. Das hat natürlich in einer Welt, in der mit China und Indien über zwei Milliarden Menschen zusätzlich den westlichen Lebensstandard erreichen wollen, dramatische Konsequenzen – zumal Erdöl nach wie vor das Lebenselixier unseres Wohlstandsmodells ist.

Die Zeit des billigen Öls ist jedenfalls vorbei, auch wenn die OPEC sich derzeit fast verzweifelt gegen Preisverfall stemmt. Der massive Preisrückgang ist nicht verwunderlich: Die globale Finanzkrise hat das Wirtschaftswachstum global rapide abgebremst. In den USA ist der Ölverbrauch so stark zurückgegangen wie seit 26 Jahren nicht mehr. Es ist keine Lösung, wenn der Ölpreis nur mehr in Rezessionsphasen zurückgeht – auf Kosten von Millionen Arbeitsplätzen!

Bis heute verniedlichen die Erdölkonzerne weitgehend die Oilpeak-Theorie, allerdings beginnt die Abwehrfront zu wackeln. Der französische Energiemulti »Total« hat als erster die Linie der Ölkonzerne aufgeweicht und erklärt, dass die weltweite Ölförderung schon bald an ihre Grenzen stoßen werde. Und auch die Autokonzerne beginnen sich der Herausforderung zu stellen. In einem bemerkenswerten Statement

meinte Rick Wagoner, Chef des weltweit größten Autokonzerns »General Motors«, Anfang dieses Jahres, dass das globale Erdölangebot seinen Höhenpunkt erreicht hätte und ein Umschwenken auf Elektroautos unvermeidlich sei.¹

Zugegeben, der exakte Zeitpunkt des weltweiten Fördermaximums ist schwer zu bestimmen. Die unabhängige »Energy Watch Group«² vertritt die These, dass der Oil-Peak bereits 2006 erreicht wurde, andere Experten orten den Zeitraum zwischen 2010 und 2020. Gleichzeitig geht die Internationale Energieagentur (IEA) von einer Steigerung des weltweiten Ölbedarfs von derzeit 86,5 Mio. Barrel pro Tag auf 106 Mio im Jahr 2030 aus. Die daraus offensichtlich werdende große Angebotslücke erklärt jenen kryptischen Satz, den Fatih Birol, Chefökonom der IEA, in einem Interview im April 2008 geäußert hat: »Wir sollten das Öl verlassen, bevor das Öl uns verlässt.«³

FAKTOR: KLIMAWANDEL

2007 war sicherlich ein Wendepunkt in der Klimadebatte. Die Klimaskeptiker haben ausgedient. Selbst die USA haben den Ernst der Lage erkannt. In den kommenden Jahren müssen und werden jedenfalls radikale Maßnahmen auf globaler und nationaler Ebene zur Reduktion der CO₂-Emissionen zu ergreifen sein, um die globale Klimaerwärmung wie von der Wissenschaft gefordert auf 2° C zu begrenzen. Der US-Klimaforscher James Hansen, der Ende der 80iger Jahre die Klimadebatte losgetreten hatte, warnt eindringlich: »If there's no action before 2012, that's too late. What we do in the next two three years will determine our future. This is the defining moment.«⁴ Hansen fordert eine nationale Kraftanstrengung wie zu Zeiten des 2. Weltkrieges – eine Metapher, die in den USA mittlerweile oft verwendet wird. Ebenso wird oft das Apollo-Mondprogramm als Beweis angeführt, zu welchen

- 1) www.sydneypeakoil.com, 15.01.2008
- 2) www.energywatchgroup.org
- 3) Internationale Politik, April 2008
- 4) www.alternet.org/story/85080/, 13.05.2008
- 5) www.spiegel.de, 18.03.2008
- 6) www.sozialpartner.at
- 7) www.projectbetterplace.com
- 8) Norbert Templ: „Die österreichischen Politik und das Elektro-Auto“, in: Die Presse, 03.01.1995
- 9) David Morris: „Electric cars are the key to energy independence“, in: www.alternet.org, 02.08.2008

Kraftanstrengungen Amerika fähig ist, wenn es nur will (siehe www.apolloalliance.org). Was wäre, wenn die USA mit vergleichbarem Engagement jenen »Solar Grand Plan« umsetzen, den Wissenschaftler im Dezember 2007 in der Zeitschrift »Scientific American« vorgestellt haben? Mit diesem Plan könnten die USA im Jahr 2050 rund 70% des Strombedarfs und 35% des Gesamtenergiebedarfs einschließlich Transport- und Verkehrswesen aus Solarenergie erzeugen.

Dazu müssten die USA in den kommenden 40 Jahren 420 Mrd. Dollar investieren (die jährlich anfallenden Kosten wären jedoch geringer als die derzeit in die US-Landwirtschaft fließenden Subventionen).⁵ Und diese in 40 Jahren anfallenden Gesamtkosten wären weit geringer als jene, die die USA innerhalb kürzester Zeit für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufbringen.

WO STEHT ÖSTERREICH?

Die letzten Regierungen haben die Herausforderung des Klimawandels nicht wirklich ernst genommen. Österreich hat sich unter der Regierung Klima dazu verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen im Zeitraum 2008 bis 2012 auf Basis 1990 gemäß Kyoto-Protokoll und internen EU-Vereinbarungen um durchschnittlich 13% zu reduzieren. Konkret: Österreich darf im Durchschnitt über die Jahre 2008 bis 2012 nur 68,8% Mio. Tonnen Treibhausgase (CO₂-Äquivalente) emittieren. Wird dieses Ziel im Inland nicht erreicht, sind aus dem Ausland Emissionsrechte zuzukaufen.

2006 emittierte Österreich 91,1 Mio. Tonnen, was einen Zuwachs von 15,1% gegenüber dem Kyoto-Basisjahr 1990 bedeutet. Im Rahmen des Post-Kyoto-Prozesses kommen auf Österreich weitere Reduktionen zu. Kurzum: Die nächste Bundesregierung muss endlich eine Kehrtwende schaffen. Die Sozialpartner haben in ihrem Positionspapier »Bausteine einer langfristig orientierten Klimapolitik«⁶ vom April 2008 darauf hingewiesen, dass Österreich massive Kosten für Zukäufe von Emissionsrechten aus dem Ausland drohen. Je nach Entwicklung der Marktpreise für CO₂-Emissionsrechte könnte ein

Finanzierungsbedarf von bis zu 2 Milliarden Euro entstehen – immerhin 0,7% des österreichischen BIP. Ein Geldmenge, die besser angelegt werden könnte! Zum Beispiel für ein ambitioniertes Projekt, das beide Herausforderungen – Oilpeak und Klimawandel – im Verkehrsbereich verknüpft und gleichzeitig Wachstum und Beschäftigung fördert.

PROJEKT BETTER PLACE⁷

In Israel wird ein revolutionäres Projekt verwirklicht. Das Land setzt auf Elektroautos. Das aus gutem Grund: Hinter vorgehaltener Hand bestätigt inzwischen fast jeder PKW-Entwickler, dass alle anderen Konzepte tot seien, sobald geeignete Akkus bereit stünden. Ich erinnere mich gut an die Debatte in den 90er Jahren, als erstmals ernst zu nehmende Bemühungen zur Einführung der Elektroautos vorgenommen wurden⁸. Losgelöst wurde die Debatte in Kalifornien, das heute unter Gouverneur Schwarzenegger erneut für die umweltbewusste USA steht.

Der niedrige Ölpreis und technische Probleme (Akku-Leistung) dürften dafür hauptverantwortlich sein, dass diese Bemühungen scheiterten. Heute sind die Rahmenbedingungen völlig anders und erstmals existiert auch ein realistisches Konzept, das im Jänner 2008 von Shai Agassi, ehemals SAP-Vorstand, dem Vorstandschef von »Renault« und dem israelischen Präsidenten unter dem Titel »Project Better Place« initiiert wurde. Das bahnbrechende Projekt besteht aus mehreren Komponenten:

- * In Israel wird ein Netz aus 500.000 Aufladestationen zum Aufladen der Autobatterien aufgebaut. Für längere Strecken wird es zusätzlich 150 Batteriewechselstationen geben. Die Batterieleistung soll über 150 km betragen.
- * Das Finanzierungskonzept basiert auf dem Prinzip des Mobilfunks. Die Kunden sollen das Auto zusammen mit einem Strom- und Batterieabo kaufen. Über Laufzeitverträge können die steuerlich subventionierten Elektroautos abbezahlt werden.

- ★ Mitte 2011 wird »Renault-Nissan« in Israel ein serienmäßig produziertes Elektrofahrzeug auf den Markt bringen, das im Hinblick auf die Gesamtkosten günstiger sein soll als ein klassisches Auto.
- ★ Israel subventioniert die Autos und investiert in den nächsten Jahren 3,4 Mrd. Euro in den Bau von Solarkraftwerken in der Wüste Negev, die den Strom für die Batterien erzeugen werden.

Inzwischen haben sich auch Dänemark und Portugal dem Projekt angeschlossen, wobei Dänemark auf seine Windenergie setzt. Das Projekt schlägt immer größere Wellen, weil es im Verkehrsbereich sowohl eine Antwort auf den Oilpeak als auch den Klimawandel ist und den Menschen auch zukünftig individuelle Mobilität ermöglicht. Im Juni 2008 konnte Agassi sein Projekt auch vor Abgeordneten des US-Kongresses präsentieren. Der entscheidende Punkt ist die Frage der Stromerzeugung. Das Projekt macht nur Sinn, wenn gleichzeitig voll auf erneuerbare Energien gesetzt wird.

Auch der Ausbau von Atomstrom kommt nicht in Frage. Aus guten Grund: Die angebliche Renaissance der Atomenergie ist nicht mehr als ein Wunschdenken, das nüchternen Tatsachen nicht stand hält. Die Atomindustrie kann nur hoffen, dass jene Reaktoren weltweit ersetzt werden, die altersbedingt in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vom Netz genommen werden müssen.

Skeptiker werden einwenden, dass es nicht genug Strom gibt. Für Israel wird der zusätzliche Bedarf auf nicht mehr als 6% geschätzt. Um die gesamte US-Autoflotte elektrisch zu betreiben, würden 30% der 2006 in den USA erzeugten Strommenge ausreichen.⁹ Das Unternehmen Magna Steyr, das massiv im Bereich der Batterietechnik forscht und bald auch Elektroautos fertigen will, geht in einer Studie von einem Strom-Mehrverbrauch von rund drei Prozent aus, wenn 10 Prozent aller österreichischen Autos mit Elektromotor fahren würden.¹⁰

Wie auch immer: Wir müssen und werden Wege finden, den Anteil des erneuerbaren Stroms in Europa massiv auszuweiten, z. B. auch durch Solarstrom aus der Sahara. Im Rahmen der vom französischen Präsidenten Sarkozy initiierten Mittelmeer-Union, die am 13. Juli 2008 feierlich beschlossen wurde, ist diese Variante erstmals auf Ebene des Europäischen Rates diskutiert worden.

ERNEUERBARE ENERGIEN

Zukunftsoptimistisch stimmt mich auch eine vor einigen Monaten vorgestellte Machbarkeitsstudie zur europäischen Energie- und Klimapolitik, die eine vollständige Deckung des europäischen Strombedarfs durch erneuerbare Energien für möglich hält. Die Studie wurde von Michaela Schreyer, ehemalige EU-Kommissarin, und Lutz Mez von der Freien Universität Berlin im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung verfasst und schlägt die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (ERENE) vor, entweder in Form eines eigenen Vertrages oder im Rahmen des jetzt schon in den Verträgen verankerten Instrumentes der verstärkten Zusammenarbeit einer Gruppe von EU-Mitgliedstaaten.

Österreich ist ein Autoland. Mittlerweile gibt es über vier Mio. Stück davon, eine auch international beachtliche Autodichte. Wenn es nur gelänge, zwanzig Prozent davon durch E-Mobile zu ersetzen, wäre dies großer Schritt vorwärts. Und gerade auch für Pendler, die großteils innerhalb des potentiellen Radius eines E-Mobils pendeln, ein Angebot.

Die neue Bundesregierung sollte ein österreichisches Better-Place-Projekt initiieren. Statt Emissionsrechte aus dem Ausland zuzukaufen, sollte das Geld in eine österreichische Elektroauto-Infrastruktur und in den massiven Ausbau erneuerbarer Energien investiert und damit Arbeitsplätze im Inland geschaffen werden.

Dies würde sicherlich eine Ausnahmegenehmigung von Seiten der Europäischen Kommission erfordern, weil die dadurch erreichbaren CO₂-Emissionen erst nach der ersten

Kyoto-Zielperiode (2008 bis 2012) wirksam werden würden. Das Thema ist aber mittlerweile auch auf EU-Ebene angekommen. In den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2008 wird erstmals auch die Förderung von Elektroautos explizit angeführt. Darauf kann sich Österreich berufen.

Gleichzeitig sollte Österreich seine nationalen Agrotreibstoff-Ziele abschwächen. Die massive Ausweitung der Agrotreibstoff-Produktion verschärft die globale Nahrungsmittelkrise. Mittlerweile sind auch die EU-Energie- und Umweltminister aufgewacht und haben eine geradezu salomonische Ausweidlösung gefunden. Auf ihrem Treffen Anfang Juli 2008 stellten sie fest, dass das EU-Ziel der Erhöhung des Anteils von Agrotreibstoffen im Verkehr von derzeit zwei auf zehn Prozent bis zum Jahr 2020 nicht notwendigerweise bedeute, dass es sich dabei um Agrotreibstoffe handeln müssen, sondern es generell um erneuerbare Energiequellen gehe. Konkret: Auch Elektrofahrzeuge, die mit Energie aus erneuerbaren Quellen wie Wind- und Solarenergie betrieben werden, fallen unter diese Zielvorgabe.

WERTSCHÖPFUNG IN ÖSTERREICH

Daran hat die Kommission bei ihren Zielformulierungen mit Sicherheit nicht gedacht, aber diese Interpretation, die auch von den EU-Staats- und Regierungschefs bestätigt wurde, ist auf alle Fälle ein Fortschritt und sollte von Österreich sofort aufgegriffen werden. Der Einsatz von Agrotreibstoffen zur CO₂-Reduktion zählt zu den teuersten Klimaschutzmaßnahmen überhaupt! Mag sein, dass die Klimaschutz-Bilanz bei den Agrotreibstoffen der 2. Generation besser sein wird, allerdings zeichnet sich hier noch kein Durchbruch ab. Österreich sollte Biomasse prioritär in hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung für die Erzeugung von Strom und Wärme verwenden.

Das Projekt muss so konzipiert sein, dass es zu österreichischer Wertschöpfung in Form von Arbeitsplätzen und Technologie führt. Österreich verfügt neben Magna Steyr über viele engagierte Unternehmen in diesem Bereich. Ich würde das Projekt auch auf einspurige Kraftfahrzeuge ausweiten und den

österreichischen Motorradproduzenten KTM mit an Bord nehmen (erst kürzlich hat KTM sein erstes Elektro-Motorrad vorgestellt). Auch die ÖMV sollte dabei sein und sich nach dem Slogan »Österreicher Mit Verantwortung« am Aufbau der Infrastruktur beteiligen. Selbstverständlich sollten die österreichischen Sozialpartner sowie ARBÖ und ÖAMTC eingebunden werden. Wir brauchen eine große nationale Plattform zur Organisation und Umsetzung dieses Projekts.

Natürlich ist das Projekt nicht der Königsweg zur Entschärfung der Treibhausproblematik, aber ein nicht unwichtiger Baustein einer umfassenden österreichischen Klimastrategie. Wir brauchen eine Lösung für die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen, die in Österreich enorm angestiegen sind (von 12,8 Mio. Tonnen 1990 auf 23,3 Mio. im Jahr 2006 – eine Zunahme um 83 %), bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der individuellen Mobilität.

Ausbau und Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs bleiben natürlich ganz oben auf der Agenda, aber nicht jede Stadt oder Region kann ein derart attraktives öffentliches Verkehrsnetz wie Wien anbieten. Ebenso muss das weitere Wachstum des Güterverkehrs auf der Straße eingedämmt und die Verlagerung auf die Schiene politisch forciert werden.

Wir ÖsterreicherInnen sollten zeigen, dass ein hochentwickeltes Industrieland ohne Wohlstandsverluste und massive Freiheitsbeschränkungen fähig ist, seine CO₂-Emissionen und seine Ölabhängigkeit radikal zu reduzieren.

Das wäre ein bahnbrechendes Zukunftsprojekt für die kleine »Große Koalition«.



NORBERT TEMPL

ist Mitarbeiter der Abteilung EU
& Internationales in der Arbeiterkammer Wien.



Polluted river water
kills as many people
as a nuclear explosion.

«POLLUTED RIVER WATER KILL AS MANY PEOPLE AS A NUCLEAR EXPLOSION..»
WWF

SOCIAL ADS

SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS

<http://socialads.blogspot.com/>



»NOT SUITABLE FOR ANY CHILDREN TO BE SEEING«
NATIONAL CENTRE FOR DOMESTIC VIOLENCE

SOCIAL ADS

SOCIAL ADVERTISING CAMPAIGNS

<http://socialads.blogspot.com/>



»WHEN A CHILD DOESN'T READ, IMAGINATION DISAPPEARS.«
LITERACY FOUNDATION

Der Sturz des Adlers

REZENSION In den 80er Jahren regte Norbert Leser mit »Salz der Erde« auf und gab Anstoß zu intensiven innerparteilichen Diskussionen. Diese Zeiten sind allerspätestens mit »Der Sturz des Adlers« vorbei.

Es beginnt es durchaus verheißungsvoll. Denn laut Klappentext sei das Buch »in seiner Analyse der Jetztzeit sicher das radikalste von Lesers Werken«. Doch der Untertitel »Ein Lesebuch für Leser-Leser« auf Seite 3 stimmt bereits sehr früh sehr nachdenklich. Das Buch zerfällt inhaltlich und qualitativ in drei Teile. Lesers Darstellung der frühen Parteijahre bringt keine neuen Gedanken, ist aber durchaus mit (populär)wissenschaftlichem Anspruch geschrieben. Diese Stärke geht im zweiten Teil weitgehend verloren, im dritten verschwindet sie.

Die SP-Nachkriegsgeschichte gerät Leser weitgehend zu hagiographischen Darstellungen Helmers und Schärfs. Der dritte Teil behandelt die Zeitraum von Vranitzky bis in die Gegenwart. Es ist Leser unbenommen, Vranitzky skeptisch und kritisch gegenüber zu stehen. Aber von einem Politologen darf man sich doch ausführlichere Analyse und weniger Befindlichkeit erwarten. Auch stellt sich die Frage, warum gerade dieser letzte Teil vergleichsweise kurz und oberflächlich wurde. Es wird doch nicht daran liegen, dass seit Lesers letzter größerer Publikation doch schon einige Zeit vergangen ist und seine Schublade leer war?


FAST RÜHREND

Leser beklagt am Beispiel des Auswahlverfahrens, das letztlich Gusenbauer zum Parteivorsitzenden machte, die mangelnde innerparteiliche Demokratie. Der Vorwurf, die Parteiführung hätte oligarchische Struktur, Entscheidungen würden nur von einer Minderheit herbeigeführt (S. 208), ist schon fast als rührend zu bezeichnen. Die SP war nie ein Ort radikaler Basisdemokratie und wird es vermutlich auch nie werden. Natürlich kann man über die Qualität der Entscheidungen und Entscheider geteilter Meinung sein. Falls aber Leser erst jetzt innerparteiliche demokratische Defizite auffallen, muss man sich fragen, warum dem so ist. Nachdem Leser in den 70er Jahren mit einem SP-Ticket ganz gut unterwegs war, sollten ihm parteiinterne Abläufe und Rituale durchaus vertraut sein.

Gelegentlich finden sich Sätze, gegen die wenig bis gar nichts zu sagen ist. »Die systematische Unterbindung einer Nachwuchspflege führte mit eherner Logik zu einer Ausdünnung und Austrocknung der Partei. So wie politische und verwandtschaftliche Inzucht schon in Herrscherhäusern zu Degenerationserscheinungen geführt hatten, so war auch die Arbeiterbewegung von den Folgen mangelnder Mobilität und Offenheit betroffen.« (S. 214) Stimmt alles, sieht man jeden Tag – wenn man es sehen möchte. Falls die SP ein Nachwuchsentwicklungskonzept hat, so ist dieses gut getarnt.

Was sich in manchen Teilen der Bewegung abspielt, kann man ohnehin nur als Ochlokratie einstufen. Leser: »Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, das über weite historische Strecken ein gutes und harmonisches war, hat sich in den letzten Jahren eher in Richtung der Behinderung der Partei durch die Gewerkschaft entwickelt.« Pragmatisierte haben eben wohlverworbene Rechte.

Ingesamt ist es schade um die vergebene Chance. Lesers Habilitation »Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus in Theorie und Praxis« von 1968 gilt als Standardwerk der österreichischen Politologie, sein 1988 erschienenes »Salz der Gesellschaft« wies verdientvoll auf Fehlentwicklungen in der Sozialdemokratie hin, seine 1998 erschienene »Elegie auf Rot« war zwar schon schwächer, aber nach wie vor verdientvoll. Ob wir 2018 noch mit einem großen Alterswerk des 1933 Geborenen rechnen dürfen, wird sich zeigen. Nur – im Moment schaut es nicht danach aus.

Norbert Leser: Der Sturz des Adlers. 120 Jahre österreichische Sozialdemokratie. Kremayer & Scheriau, Wien 2008, 244 Seiten 

FRANZ SPITALER
ist Chefredakteur der AKZENTE.

Demokratie. Mafia & Träume



Christoph Möllers Demokratie - Zumutungen und Versprechen

Prägnant geschrieben, bleiben wenige Fragen zur Demokratie offen: Wer über »die Politik« und »den Staat« klagt, verrät seine eigene obrigkeitstaatliche Gesinnung. Wir schulden den Gegnern der Demokratie Gründe für die Demokratie, keine moralische Empörung. Die Demokratie verspricht kein gutes Leben. Sicherheit und Freiheit lassen sich in der Demokratie nicht gegeneinander abwägen.

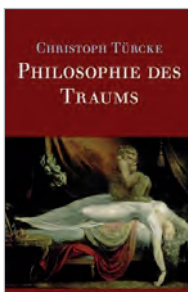
Wagenbach Verlag 125 Seiten, 10,20 Euro



Petra Reski Mafia: Von Paten, Pizzerien und falschen Priestern

Petra Reski lebt seit zwanzig Jahren in Italien. Aufgrund ihrer langjährigen Recherchen und ihrer Insiderkenntnisse gilt die Journalistin als Spezialistin in Sachen Mafia. Petra Reski kennt die Strukturen der kriminellen Organisation aus erster Hand: Sie hat an geheimen Orten mit abtrünnigen Mafiosi gesprochen, sie hat mafiose Verstrickungen von Priestern aufgedeckt und war Gast auf der Hochzeit eines Mafia-Verteidigers Siziliens.

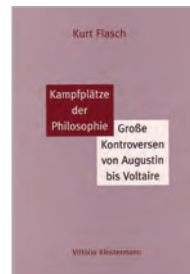
Droemer/Knaur, 335 Seiten, 20,60 Euro



Christoph Türcke Philosophie des Traums

Wir träumen, wenn wir aufgehört haben zu denken, und doch ist der Traum nicht gedankenlos. Er zeugt von einem Denken unterhalb des Denkens. Seine massenmedial nach außen gekehrte Form ist der Film, der seinen Betrachter in eine Art Wachtraumleben hineinzieht. Der Traum selbst ist jedoch der Inbegriff des Innerlichen. Nur wer in sich versunken ist, kann träumen.

C.H. Beck, 240 Seiten, 25,60 Euro



Kurt Flasch Kampfplätze der Philosophie

Dieses Buch geht nicht von Begriffen oder Systemen aus, sondern zeigt die Philosophie als eine Serie von Konflikten. Kurt Flasch analysiert die gut dokumentierten, großen Kontroversen im christlichen Mittelalter, die Auseinandersetzung Erasmus-Luther und die Streitfragen, die der friedliebende Leibniz mit John Locke und Pierre Bayle auszutragen hatte. Der Band schließt mit der Kritik Voltaires an Pascal.

Klostermann Verlag, 362 Seiten, 35 Euro



Hans Weiss Korrumpierte Medizin

Ein Journalist wechselt seine Identität und geht in die Pharmaindustrie. Erschreckendes Resultat seiner Recherchen: Die Medizin steht unter der Kontrolle der großen Pharmakonzerne. Ohne die aktive Mithilfe von Ärzten wäre das alles nicht möglich. Pharmakonzerne kontrollieren das Gesundheitswesen durch das so genannte »Thought Leader Management«.

Kiepenheuer & Witsch, 271 Seiten, 19,50 Euro



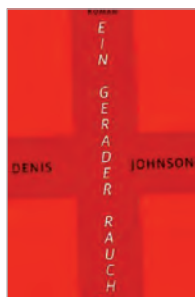
Margaretha Kopeinig, Wolfgang Petritsch Das Kreisky-Prinzip

Internationale Finanzkrise, drohende Rezession, Klimakatastrophe, steigende Nahrungsmittelpreise, Hungersnöte und knapper werdende Energiere Ressourcen: Der Ruf nach dem Staat wird wieder lauter. Die Macht des Staates und seine Lenkungsmöglichkeiten hat Bruno Kreisky erkannt und eingesetzt. Wo finden wir heute angesichts von Globalisierung und »shareholder value« diesen politischen Anspruch formuliert?

Czernin Verlag 239 Seiten, 21,90 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Spione, Flucht & der Wald



Denis Johnson
Ein gerader Rauch

Das ist die Geschichte von «Skip» Sands – einem CIA-Spion in Ausbildung für psychologische Kriegsführung in Vietnam; seines Onkels, eines undurchsichtigen Agenten; der haltlosen Houston-Brüder Bill und James; und von Kathy Jones, einer Krankenschwester, die nach dem Tod ihres Mannes, eines Missionars auf den Philippinen, eine Affäre mit Skip Sands hat und bis zum Schluss ihren Glauben nicht verliert.

Rowohlt, 928 Seiten, 25,60 Euro



Anna Kim
Die gefrorene Zeit

Die Ich-Erzählerin lernt nicht nur das alltägliche Leben in den albanisch-serbischen Konfliktzonen des Kosovo kennen, die schockierende Arbeit der Archäologen und forensischen Mediziner und Anthropologen, die Fragebögen zur Erhebung der »Ante-Mortem-Daten« des Roten Kreuzes – es öffnen sich vor allem

die Dimensionen von Erinnerung und Erinnerungsverlust.

Literaturverlag Droschl, 152 Seiten, 18 Euro



Dave Eggers
Weit gegangen

Es ist die wahre Lebensgeschichte von Valentino Achak Deng. Valentino und die »Lost Boys«, wie die tausenden sudanesischen Jungen auf der Flucht genannt werden, finden nach der Durchquerung Äthiopiens eine erste Zuflucht in den Flüchtlingslagern von Kenia. Von dort aus gelingt Valentino die Ausreise in die USA. Doch auch das Land zahlreicher Verheißungen stellt Valentino vor unzählige neue Herausforderungen.

Kiepenheuer & Witsch, 764 Seiten, 25,70 Euro



Ingo Schulze
Adam und Evelyn

Der Großmeister der Wendeliteratur kann von seinem liebsten Thema nicht lassen und setzt seine Protagonisten erneut in die rastlose Zeit des deutschen Umbruchs. Adam ist Damenschneider in einer Stadt irgendwo im Osten und den Rundungen seiner Kundinnen durchaus nicht abgeneigt. Evelyn geht das und

auch seine Zufriedenheit mit den immer gleichen Tagesabläufen gehörig auf die Nerven.

Berlin Verlag, 304 Seiten, 18,60 Euro



Kerstin Ekman
Der Wald

Kerstin Ekman erzählt in ihrer literarischen Wanderung von der Begegnung zwischen Mensch und Wald, schreibt von Waldgeistern, Volksmärchen, Räubern, Wölfen und Dichtern. Ihre Betrachtungen reichen vom Mittelalter bis heute, von der Urbarmachung über das Jagen bis zum Wirtschaftsraum Wald. »Der

Wald« ein eindrucksvolles Zeugnis einer Welt, an die wir uns bald nicht mehr erinnern können.

Piper, 527 Seiten, 25,60 Euro



Frank McCourt
Tag und Nacht und ...

... auch im Sommer: Erinnerungen. Dreißig Jahre lang hat Frank McCourt, der Amerikaner mit der unglücklichen irischen katholischen Kindheit, in New Yorker Schulen unterrichtet. Jetzt erzählt er, was er von seinen rund zwölftausend Schülern gelernt hat – als Lehrer, als Geschichtenerzähler, als Schriftsteller. Ein

»Mccourt«, wie man ihn liebt: voll Witz und Charme, voll Verzweiflung, Ironie und Lebensweisheit.

Goldmann-btb, 336 Seiten, 9,30 Euro



Der ökonomische Mainstream

Kreditderivate, heute gegeißelt als finanzielle Mittel der Massenvernichtung, wurden noch bis vor kurzem eine den Finanzmarkt stabilisierende Rolle zugeschrieben. Indem das Kreditrisiko vom Kredit getrennt und separat handelbar ist, komme es zu einer breiten Verteilung von Risiken zwischen Branchen, Ländern und Sektoren. Schocks auf das Finanzsystem können so leichter abgedefert werden. Dies ist heute nachzulesen in zahlreichen Publikationen akademischer Institutionen und Aufsichtsbehörden. Das Beispiel der Kreditderivate ist eines von vielen, das genannt werden kann, um die Verantwortung des ökonomischen Mainstreams für die Finanzkrise deutlich zu machen. Auch Hedge Fonds, Private Equity Fonds sowie der Verbriefung von Krediten wurden eine systemstabilisierende Rolle zugeschrieben.

Dass die Wirtschaftswissenschaften die neoliberalen Übergriffe der vergangenen drei Jahrzehnte tatkräftig unterstützten, ist nichts Neues. In vielen Bereichen der Wirtschaftspolitik übt aber die Politik eine von der Wissenschaft weitgehend autonome Rolle aus – gemessen an den Zurufen von Ökonomen blieben Deregulierung und Flexibilisierung sowie die Zurückdrängung sozialstaatlicher Einrichtungen moderat.

Im Bereich der Finanzmarktregulierung aber verschmelzen Politik und Wissenschaft zu einem unheilvollen Ganzen. In keinem Bereich der Wirtschaftspolitik hat die Wirtschaftswissenschaft einen solch bedeutenden Einfluss auf die Politikgestaltung.

Es sind nationale und internationale Gremien von Aufsichtsbehörden, der Finanzindustrie und der Wissenschaft, die die Finanzmärkte regulieren, ebenso privatrechtliche Regulierungsinstitutionen mit faktisch Norm und Recht setzender Kraft, oder aber Weisenräte („wise men committees“), die sich in regelmäßigen Abständen als Reformvorschläge verkleidete Ratschläge ausdenken, die letztlich nur das Bestehende legitimieren und denen sich die Politik allzu gerne bedient, hat sie sich doch schon vor langer Zeit davon verabschiedet, das

Geschehen an den Finanzmärkten gestalten zu wollen. Frauen sind im Bereich der Finanzmarktregulierung nicht vertreten.

Die Ursachen sind nicht mangelndes Interesse, sondern offene und subtile Formen des Ausschlusses in einer männlich geprägten Unternehmenskultur, homosoziale Netzwerke mit ihren besonderen Verhaltens-, Kommunikations- und Unterwerfungsregeln und natürlich die Tendenz zur homosozialen Selbstrekrutierung.

Sofern es Frauen gelingt, in diese exklusiven Clubs einzudringen, ist dies mit hohen Anpassungsleistungen verbunden und mit der Unterordnung unter die herrschenden Standards und Normen des ökonomischen Mainstream, der sich den Prinzipien des neoklassischen *homo oeconomicus* im Sinne der Konstruktion des Menschen als eigennützigem und kompetitiven Nutzenmaximierer verpflichtet. Abweichungen von dieser Norm werden als Geschwätz, als unwissenschaftliche Abschweifung von modell- und datenbasierten Erkenntnissen denunziert. Die sorgfältige Kultivierung der Ökonomie als Wissenschaft verstärkt ihren Anspruch auf Authentizität und Objektivität und immunisiert sie so gegen unwillkommene Kritik.

Jetzt geht es aber um weitaus mehr als nur um störende Kritik, wurde doch vom ökonomischen Mainstream das angelsächsische Selbstregulierungsmodell wie das goldene Kalb vergötzt, das die Weltwirtschaft nun in den Abgrund zu stürzen droht, von unsäglichem Leid ganz zu schweigen und natürlich von den drohenden politischen Konsequenzen. Die Theorie von der Effizienz der Finanzmärkte ist einer der größten und teuersten Irrtümer in der Geschichte der Ökonomie. Eine effiziente Regulierung der Finanzmärkte setzt einen Paradigmenwechsel der herrschenden Ökonomie voraus. Dieser ist nicht in Sicht. ❀

HELENE SCHUBERTH
ist Ökonomin in Wien.



»Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.«

KONFUZIUS

ZUKUNFT ABONNEMENT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle ein ZUKUNFT-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
 ein ZUKUNFT-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____

NOVOMATIC

— GROUP OF COMPANIES —



Solide Schale, kluger Kern.

Nur in der gesunden Schale eines wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens kann ein Kern bestens ausgebildeter Spitzenkräfte an seinen Aufgaben wachsen. Solchermaßen solide gerüstet, baut unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern ihre Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs kontinuierlich aus.

Beste Arbeitsbedingungen mit internationalen Aufstiegschancen motivieren auch die über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen von Novomatic, in unterschiedlichsten Märkten sehr flexibel manch harte Nuß zu knacken.

Die Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit der Gruppe als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*) verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten